

nunu

Lizzie Doron über ihr Fremdsein in Israel •
350 Jahre Juden in Amerika • Der vergessene
Soma Morgenstern • Neuerscheinung: „Hitlers
Volksstaat“ • Viel jüdischer Kitsch in Hohenems

Ausgabe Nr. 20 (2/2005)

Sivan 5765

€ 3,-

www.nunu.at



FOTO: © ROLAND SCHLAGER

**IKG EINIGT SICH MIT REGIERUNG
WANN ABER WIRD GEZAHLT?**

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Regierung muss einen ja fast dauern. Da veranstaltet sie ein Gedankenjahr, will sich als Träger von Freiheit und Demokratie positionieren, und just in diesem Moment schlägt die Erinnerung bei jenen Leuten zu, die sonst immer das sofortige Vergessen fordern. Ein Herr Kampfl jammert über die „brutale Verfolgung der Nazis“ und ein Herr Gudenus bezweifelt gar die Existenz der Gaskammern. Gerne würden wir ÖVP-Nationalratspräsident Andreas Khol fragen, aus welchem dehnbaren Material sein Verfassungsbogen geschnitzt ist, um ob dieser Belastungen nicht zu brechen.

Über Herrn Khol und seine Einigung mit der Kultusgemeinde berichten wir ausführlich in diesem Heft. Der ÖVP-Politiker hat übrigens einen neuen Dresscode für symbolkräftige Begegnungen mit uns Juden entwickelt. Ganz nach dem Motto „Hier gibt ein echter Österreicher“ hat er sich bei der Verkündung der Zahlungen an die IKG einen Trachtenjanker angezogen. Na ja, wer mit den Haider, Kampfl, Gudenus und ähnlichen Personen in einer Koalition sitzt, ist eben nicht durch fabelhaften Geschmack ausgewiesen.

Werden die Zahlungen aus dem Allgemeinen Entschädigungsfonds, wie von Khol behauptet, tatsächlich in den nächsten Monaten erfolgen? Dazu finden Sie im vorliegenden NU einen ausführlichen Bericht von Alexia Weiss und gleich zwei Kommentare, einen von Eric Frey, den anderen von Erwin Javor.

Unter den vielen anderen interessanten Beiträgen des Heftes will ich Sie gerne auf jenen unseres London-Korrespondenten Axel Reiserer über das East End, einst und heute, hinweisen. Unser Mann in Washington, Philipp Steger, hat sich auf eine überraschend beschwerliche Reise nach New York aufgemacht, um von dort über drei Ausstellungen zu „350 Jahre Juden in Amerika“ zu berichten.

Kein Editorial ohne Spendenaufruf: Wir freuen uns über jeden Beitrag auf das Konto BA-CA (BLZ 12000), Nummer 08573 923 300.

Viel Lesevergnügen wünscht Ihnen

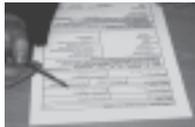
Peter Menasse, Chefredakteur

INHALT

Bitte warten

ENTSCHÄDIGUNG. *Niemand kann wirklich sagen, wann endlich Geld aus dem Entschädigungsfonds fließt.*
Von Alexia Weiss

4



FOTOS: © ALEXIA WEISS

Fremd in Israel

GESPRÄCH mit der Schriftstellerin Lizzie Doron.
Von Danielle Spera

10

Friedensbemühungen

DANNY WIELER über Kibbuz, Holocaust und die Annäherung zwischen Arabern und Juden.
Von Rainer Nowak

14

Political Correctness

UMFRAGE unter österreichischen Parlamentariern zur jüngeren Geschichte. Von Peter Menasse

16

Späte Aufarbeitung

PRÄBICHLPASS. *Historiker Heimo Halbrainer forscht über Massaker an ungarischen Juden.* Von Barbara Tóth

18

Hitlers Volksstaat

NEUERSCHEINUNG I
Götz Aly dokumentiert den Massenraubmord. Von Michael Kerbler

20

Versunkene Welt

LONDONS EAST END. *Das jüdische Leben ist gegangen, der Antisemitismus geblieben.* Von Axel Reiserer

22

Juden in den USA

JUBILÄUM. *Die Schattenseiten von 350 Jahren Judentum in Amerika werden ausgeblendet.* Von Philipp Steger

26

Es lebe der Kitsch

AUSSTELLUNG. *Jüdisches Museum in Hohenems lockt mit Schau voller Kitsch.* Von Alexia Weiss

30

Soma Morgenstern

NEUERSCHEINUNG II
Werkausgabe des Chronisten jüdischer Zerrissenheit erschienen. Von Raphaela Kitzmantel

32

Rätsel

JIDDISCHES zum Raten.
Von Michaela Spiegel

33

Elias Canetti

NEUERSCHEINUNG III
Der Dichter, der nicht porträtiert werden wollte. Von Evelyn Adunka

34

Massaker in Usbekistan

KOMMENTAR. *Martin Engelberg beleuchtet das Empörungsverhalten der heimischen Politik.*

35

Dajgezzen und Chochmezzen

KOMMENTAR. *Erwin Javor und Peter Menasse über die Spitzelarbeit Peter Sichrovskys.*

36

Muzicants Weg

KOMMENTAR. *Eric Frey über Irrwege und richtige Kehrtwenden.*

37

Alltagsgeschichten

KOMMENTAR. *Erwin Javor über den langen Weg der Entschädigung.*

39

office@nunu.at
www.nunu.at

Gerechtigkeit erst für die Erben

Regierung und Kultusgemeinde haben sich über die Entschädigung von in der NS-Zeit zerstörtem bzw. entzogenem Gemeindevermögen geeinigt. Nationalratspräsident Andreas Khol (ÖVP) kündigte gleichzeitig auch für Einzelopfer des NS-Unrechtsregimes baldige Auszahlungen aus dem Entschädigungsfonds an. Die Fakten sehen freilich anders aus. Ein falsches Spiel mit der letzten Hoffnung der betagten Opfer?

VON ALEXIA WEISS

Die große Überraschung der letzten Maitage dieses Jahres, sie hatte sich angekündigt. Zu großzügig bemessen hatte die Regierung im Jahr 2000 die Mittel des Versöhnungsfonds, aus dem ehemalige NS-Sklaven- und Zwangsarbeiter mit Gesten Zahlungen bedacht wurden. 95 Millionen Euro verblieben schließlich in dem Topf. Ein Verhandlungskampf um die weitere Verwendung der Mittel entbrannte.

Was die Opposition sofort forderte, wurde nun Realität: 20 Millionen Euro gehen an den ursprünglich mit 210 Millionen Dollar gefüllten Allgemeinen Entschädigungsfonds, aus dem in der NS-Zeit entstandene Vermögensverluste abgegolten werden sollen (siehe auch Glossar). 18,2 Millionen Euro davon sind zweckgewidmet, sie gehen direkt an die Kultusgemeinde.

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) setzte hier einen Schlusspunkt unter die jahrelangen Querelen mit IKG-Präsident Ariel Muzicant rund um die prekäre Finanzsituation der Kultusgemeinde. Muzicant hatte stets argumentiert, dass aufgrund des bis heute nicht entschädigten Gemeindevermögens nach 1945 derartig hohe Ausgaben für den Aufbau und den Erhalt der In-

frastruktur entstanden waren, dass es zu einer massiven Verschuldung der Gemeinde gekommen sei. Der IKG-Präsident drohte schließlich sogar mit der Schließung von Einrichtungen und sah Kündigungen vor. Doch Schüssel stellte sich taub. Die Beleidigung, die der Kanzler durch die 2000 von Muzicant formulierte Ablehnung von Schwarzblau erfahren hatte, wog schwer.

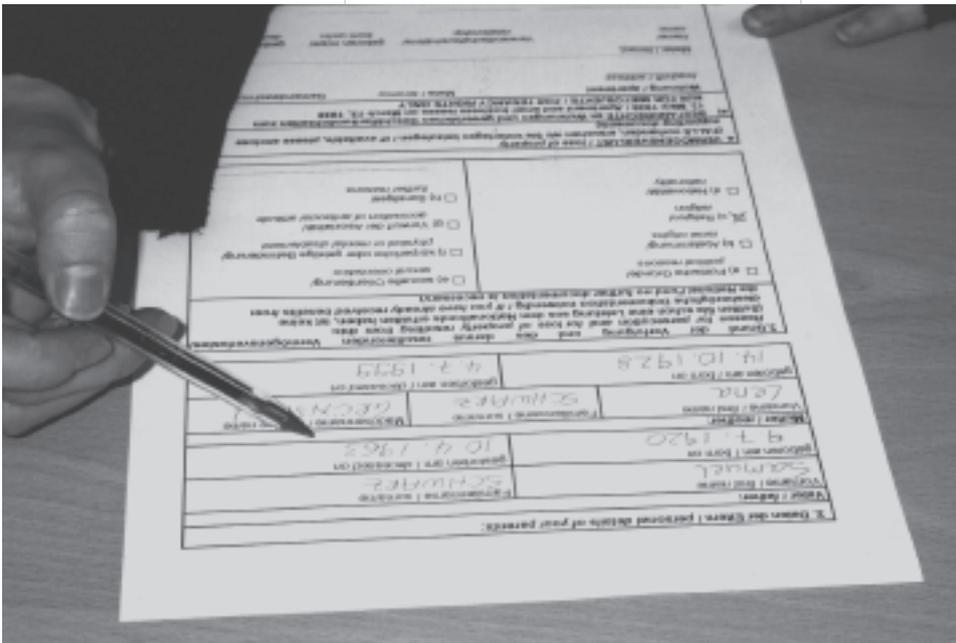
Muzicant hatte allerdings zwei Trümpfe in der Hand: Erstens hatte er kurz vor Antragsfrist beim Allgemeinen Entschädigungsfonds über 700 Anträge als Rechtsnachfolger für verschiedenste Vereine und jüdische Einrichtungen gestellt, medial aber darauf hingewiesen, dass er sich bewusst sei, dass er damit die Entschädigungssumme für Individualanträge schmälere, was nicht in seinem Sinn sei. Er sehe sich aber durch das Nichtreagieren der Bundesregierung auf seine Forderung, endlich das Gemeindevermögen zu entschädigen, zu diesem Schritt gezwungen.

Zweitens: Muzicant hatte sich bei einer in New York anhängigen Sammelklage aus dem Titel „Restitution“ als Amicus Curiae angeschlossen. Ein Trumpf freilich mit einem großen Haken, denn so lange es noch eine offene Klage gibt, be-

steht keine Rechtssicherheit – und diese ist nötig, damit Geld aus dem Entschädigungsfonds sowohl an die Kultusgemeinde als auch an die einzelnen Opfer fließen kann. Viele in der Gemeinde nahmen Muzicant dieses Hineinreklamieren in ein US-Verfahren übel. Hauptkritik: Er trage Mitschuld daran, dass sich die Auszahlungen an die ohnehin betagten Opfer weiter verzögern.

Was die Interessen der Gemeinde betrifft, hat sich Muzicants Weg nun allerdings durchgesetzt. Denn der von ihm in Aussicht gestellte Rückzug als Amicus Curiae hat schlussendlich den Ausschlag für Schüssels 18,2 Millionen-Zusage gegeben. In der Korrespondenz Schüssels, Khols und Muzicants liest sich das wie folgt:

Am 18. Mai 2005 schrieb Schüssel als Vorsitzender des Kuratoriums des Versöhnungsfonds an Khol als Vorsitzenden des Kuratoriums des Entschädigungsfonds u.a.: „Es besteht in diesem Zusammenhang die Erwartung und Hoffnung, dass sich die IKG damit auch in der Lage sieht, im Sinne einer gemeinschaftlichen Lösung und im Interesse der großen Zahl an Antragstellern, die auf eine rasche Auszahlung durch den Allgemeinen Entschädigungsfonds



Am Anfang steht der Fragebogen: Grundlage für die Bearbeitung der Anträge durch den Entschädigungsfonds

hoffen, weiterhin und verstärkt an der möglichst raschen Erreichung dieses wichtigen Ziels mitzuwirken.“

Khol leitete das Kanzlerschreiben am 20. Mai an Muzicant weiter und fügte ein kurzes eigenes Schreiben bei, in dem er noch etwas klarere Worte fand. „Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme, ob Sie der geplanten Vorgangsweise zustimmen und welche weiteren Schritte Sie dann bezüglich der von der IKG beim Entschädigungsfonds eingebrachten Anträge und bezüglich der Schaffung der Rechtssicherheit in den USA in Aussicht nehmen würden.“

Muzicants Antwort: Die IKG erkläre sich bereit, die 18,2 Millionen Euro anzunehmen, werde die beim Entschädigungsfonds eingebrachten Anträge zurückziehen und die Kultusgemeinde „beabsichtigt ferner, sich als Amicus Curiae aus der Sammelklage Whiteman vs. Republik Österreich zurückzuziehen. Selbstverständlich wird die Israelitische Kultusgemeinde Wien weiterhin und verstärkt daran mitarbeiten, dass die für Auszahlungen durch den Allgemeinen Entschädigungsfonds erforderliche Rechtssicherheit ehemöglichst eintritt.“

Inwieweit Muzicant hier aber tatsächlich Einflussmöglichkeiten auf das vom US-Anwalt Jay R. Fialkoff eingebrachte Verfahren hat, kann und will niemand beantworten. Botschafter Hans Winkler, Leiter des Völkerrechtsbüros im Außenministerium, meinte dazu im Gespräch mit NU: „Wir verlangen ja nicht, dass die Gemeinde bei Fialkoff durchsetzt, die Klage zurückzuziehen.

Soll der Öffentlichkeit hier bewusst ein positiveres Bild vermittelt werden, als es den Tatsachen entspricht?

Und wir wissen auch nicht, wie viel Einfluss ein Amicus Curiae tatsächlich auf die Kläger hat. Was wir uns wünschen, ist, dass sich die Gemeinde nicht mehr am Verfahren beteiligt und in New York nicht als Gegner der Republik auftritt.“

Während bei der zweiten noch in den USA anhängigen Klage zuletzt insofern ein Ende in Aussicht war, als Anwalt Herbert L. Fenster die Berufungsfrist

gegen die in erster Instanz erfolgte Abweisung der in Los Angeles eingebrachten Klage verstreichen ließ, ohne Einspruch zu erheben, ist bei der New Yorker Klage allerdings keinerlei Bewegung in Sicht. Seit Herbst 2004 ruht der Fall am zuständigen New Yorker Gericht (Second Circuit), ohne dass sich irgendetwas tut. Der Fall sei „völlig ausdiskutiert“, alle nötigen Unterlagen lägen vor – doch die Entscheidung ließe auf sich warten, und seitens der Republik „wissen wir nicht, warum“, so Winkler. Und setzt nach: „Vielleicht dauern die Verfahren eben so lang.“ Klar ist: Sollte zu einem Zeitpunkt x eine Entscheidung vorliegen, hätten die Kläger oder die Republik die Möglichkeit, Berufung einzulegen. Und dann begänne eine neue Frist zu laufen.

Diese Tatsache müsste auch Nationalratspräsident Khol bewusst sein. Umso mehr überraschte Khol bei der Präsentation der Einigung mit der Kultusgemeinde mit seiner Aussage, er hoffe, dass es in vier bis fünf Monaten Rechtssicherheit gebe. Und: Khol kündigte gleichzeitig an, dass bereits Anfang 2006 mit Auszahlungen aus dem Entschädigungsfonds begonnen werden solle. Der zweite Punkt, mit dem der Na-



FOTO: © NATIONALFONDS

**Hannah Lessing, General-
sekretärin des National-
fonds: Derzeit steht die
Recherche im Mittelpunkt.**

tionalratspräsident Kenner der Thematik erstaunte, die sich umgehend die Frage stellten: Soll der Öffentlichkeit hier bewusst ein positiveres Bild vermittelt werden, als es den Tatsachen entspricht? Und werden hier einmal mehr bei betagten Opfern Hoffnungen geweckt, die nicht erfüllt werden können?

Nicht nur die fehlende Rechtssicherheit steht derzeit nämlich sofortigen Zahlungen aus dem Fonds entgegen. Die Anträge sind schlicht noch nicht fertig bearbeitet – und werden es in den kommenden Monaten auch nicht sein. Immer wieder forderten Vertreter der Kultusgemeinde, aber auch der Opferorganisationen, allen voran die Claims Conference, in den vergangenen Jahren die Mitarbeiterzahl des Entschädigungsfonds aufzustocken. Diesen Mai erhielt der Fonds tatsächlich sowohl

mehr Planstellen als auch freie Mitarbeiter. 120 Archivare, Historiker und Juristen sind nun mit dem Prüfen und Recherchieren der Anträge befasst. Allerdings ist der Rückstau enorm.

Etwas über 19.000 Anträge wurden beim Allgemeinen Entschädigungsfonds eingebracht, sagte die Generalsekretärin des Nationalfonds, Hannah Lessing, gegenüber NU. Die Antragsfrist endete im Mai 2003. Heute sind 1.200 Anträge fertig entschieden. Warum das so lange dauere? Hier kommen mehrere Faktoren zum Tragen.

Einerseits mache das Entschädigungsfondsgesetz ganz klare Vorgaben. Regierungs- wie Opfervertreter forderten 2001 in Washington, die Dinge ein für allemal klar auf den Tisch zu legen. Das bedeutet konkret: für jeden Antrag muss von den Juristen zunächst ein Stamm-

baum angelegt, die Erbfolge sowie die Erbansprüche geklärt werden. Danach geht es darum zu prüfen, welche Forderungen berechtigt sind. Dazu bedarf es vielfältiger Recherchen anhand unterschiedlichster Quellen – in Frage kommen beispielsweise die Vermögensanmeldung jüdischer Verfolgter, die so genannten Vermögensentziehungsanmeldeverordnungs-Akten, weiters Akten der Finanzlandesdirektion, Akten der Sammelstelle über die Verwertung erblosen Vermögens von Verfolgten, historische Grundbücher etc. Denn wenige Antragsteller können aufgrund von Vertreibung und Flucht ihre Forderungen auch mit Dokumenten belegen. „Wir müssen für die Leute recherchieren“, betont Lessing. „Sonst hätten wir 70 Prozent der Anträge im Forderungsverfahren ablehnen müssen.“



Schreiben von Nationalratspräsident Khol an Muzicant: IKG bekommt gesonderte Entschädigung und zieht dafür Anträge an Fonds zurück. Außerdem beteiligt sie sich nicht mehr an dem in New York gegen Österreich laufenden Restitutions-Verfahren.

Doch erst dann beginnt die für die Fondsmitarbeiter mühsamste Recherche. Sie müssen herausfinden, ob es seit 1945 bereits in irgendeiner Form eine Entschädigung für die gestellten Ansprüche gibt. „70 bis 80 Prozent unserer Recherchen betreffen frühere Maßnahmen“, so Lessing. Bei bereits erfolgter Entschädigung können Ansprüche jetzt nur mehr dann geltend gemacht werden, wenn die Verfahren grob unfair abgelaufen sind.

Letzter Schritt: die Bewertung des verlorenen bzw. entzogenen Vermögens. Dieses kann sich aus einer Vielzahl von Kategorien zusammensetzen: aus liquidierten Betrieben einschließlich Konzessionen oder anderem Betriebsvermögen, aus Immobilien, soweit diese nicht zurückgegeben wurden, aus Bankkonten, Aktien, Schuldverschreibungen,

Hypothesen, aus beweglichem Vermögen, Versicherungspolizzen.

Anträge an den Allgemeinen Entschädigungsfonds werden entweder im Forderungsverfahren oder im Billigkeitsverfahren entschieden. Die beiden Verfahren haben ein unterschiedliches Beweismaß, wobei jeweils in das andere Verfahren überwiesen werden kann. In beiden Verfahren werden die Verluste individuell bewertet, im Billigkeitsverfahren wegen des geringeren Beweismaßes mit einer Pauschalsumme. Die für das Forderungsverfahren zur Verfügung stehenden 80 Millionen Dollar werden dann dem Vermögen entsprechend unter den Antragstellern aufgeteilt. Für Versicherungspolizzen stehen gesondert 25 Millionen Dollar zur Verfügung.

Finden sich wenig oder gar keine Beweise für die beantragten Vermögens-

verluste, wird das Billigkeitsverfahren angewandt. Hier werden auch Dinge wie der Entzug von Berufsrechten oder der Abbruch einer Ausbildung bewertet. Auszahlungen gibt es hier allerdings immer nur pro historischem Haushalt. Diese müssen sich alle anspruchsberechtigten Erben dann teilen. Die weit größere Anzahl der Anträge fällt in diese Kategorie. Für dieses Verfahren stehen 105 Millionen Dollar zur Verfügung.

Unterm Strich heißt das: Erst wenn alle Anträge fertig bearbeitet sind, können die tatsächlichen Geldbeträge, die die Opfer erhalten, errechnet werden. Will man also bereits Anfang 2006 auszahlen, müssten die Anträge spätestens im Oktober fertig bearbeitet und die Antragsteller von der Bewertung informiert worden sein. Sie haben nämlich, wenn sie im Inland wohnen, 30 Tage, wenn sie im Ausland leben, 60 Tage Zeit, gegen die Bewertung Einspruch zu erheben. Ist es möglich, 17.800 Anträge über den kommenden Sommer fertig zu bringen?

Hannah Lessing hofft, dass sich ihre Mitarbeiter bis Ende 2006 durch die gigantische Zahl von an die 200.000 Einzelforderungen, die sich in den 19.000 Anträgen verbergen, gearbeitet haben. Auch Sir Franklin Berman, er ist Vorsitzender des Antragskomitees, gibt sich im NU-Interview zurückhaltend. In einer dreitägigen Komiteesitzung würden derzeit etwa 500 Fälle erledigt. Diese Meetings finden jedoch bei weitem nicht jede Woche statt, da sich das ehrenamtlich arbeitende Komitee ja neben dem Briten Berman noch aus der Amerikanerin Vivian Curran und dem Österreicher Kurt Hofmann zusammensetzt und daher nicht immer in Wien zur Verfügung steht. Berman hofft, künftig mehr im Umlauf-Verfahren erledigen zu können. Einen konkreten Zeithorizont will er aber nicht nennen.

Diese Problematik scheint Khol trotz anders lautender öffentlicher Erklärung durchaus bewusst zu sein. Denn in der letzten Kuratoriumssitzung des Entschädigungsfonds wurden Sitzungsteilnehmern zufolge von Khol Vorauszahlungen in Diskussion gebracht, sollten die Anträge nicht so rasch wie von ihm gewünscht geprüft werden können. Die vereinbarte Vorgangsweise: Lessing versucht die Hälfte der Anträge bis Anfang 2006 fertig bearbeitet zu haben. Darauf aufbauend könnte man dann überlegen, welche Summe für eine Vorauszahlung in Frage kommt.

Sir Franklin Berman,
Vorsitzender des
Antragskomitees



FOTOS: © ALEXIA WEISS



Grün-Mandatarin
Terezija Stoisits

Klingt gut. Doch auch hier gibt es einen Haken – oder zwei. Denn erstens wäre auch diese Zahlung an Rechtssicherheit gebunden. Und zweitens könnte eine solche Vorauszahlung nur in jenen Fällen erfolgen, in denen schon eine Bewertung vorgenommen wurde. Für die zweite Hälfte der Antragsteller hieße es also: bitte warten.

Die Grün-Mandatarin Terezija Stoisits, sie ist auch Mitglied des Kuratoriums des Entschädigungsfonds, hält diese Vorgangsweise für unfair, wäre dadurch ja eine Gruppe der Antragsteller benachteiligt. Außerdem hat für sie „eine Vorauszahlung nichts mit Rechtssicherheit zu tun“. Sie fordert daher im Gespräch mit NU eine entsprechende Novellierung des Entschädigungsfondsgesetzes. Nur wenn die Vorauszahlungen von der Rechtssicherheit entkoppelt werden, könnten die betagten Opfer tatsächlich bald mit Barem rechnen.

Und die Zeit drängt. Moshe Jahoda von der Claims Conference beklagt immer wieder, dass jeden Tag zwei weitere Holocaust-Überlebende sterben. Auch die Statistik des Nationalfonds spricht eine klare Sprache: Der 1995 eingerichtete Fonds leistete 234 Auszahlungen an Personen der Geburtsjahrgänge 1891 bis 1900. Die knapp zehn Jahre später geleistete Pauschalabgeltung für entzogene Mietrechte erreichte nur mehr 32 Menschen dieser Jahrgänge. Bei den

zwischen 1901 und 1910 Geborenen wurde die Geste des Nationalfonds an 3.334 Betroffene ausbezahlt, die Mietrechtspauschale nur mehr an 1.310 Personen. Und in der Gruppe der zwischen 1911 und 1920 Geborenen erhielten in den neunziger Jahren 8.596 Personen eine Zahlung, die Mietrechtsabgeltung ging an 5.501 Menschen.

Stoisits fordert aber noch mehr. Entscheidend ist aus ihrer Sicht nämlich nicht nur, wie viele Mitarbeiter der Fonds habe, sondern auch, wie es mit dem Personal etwa in den Archiven aussehe. Verzögerungen ergäben sich auch aus Engpässen beispielsweise beim Staatsarchiv. Hier wie auch an anderen Stellen sollten Khol, aber auch Schlüssel „sofort alle Hemmnisse aus dem Weg räumen“ – in Form von zusätzlichen Mitarbeitern, die unverzüglich einzustellen seien. Ansonsten seien die jüngsten Ankündigungen wieder einmal nichts als Lippenbekanntnisse.

Dass sich die Republik hier vor Zahlungen drücken wolle, dieser Vorwurf geht für Botschafter Winkler allerdings ins Leere. Denn wie lange immer sich die Auszahlungen noch in die Länge ziehen werden – geleistet werden müssen sie auf jeden Fall, bei Ableben der eigentlichen Opfer eben an die Erben.

Dennoch wäre es auch im Sinn der Republik, nicht nur verbal, sondern auch tatsächlich für eine Beschleunigung zu

sorgen. Denn eines hat sich bereits gezeigt: Die betagten Opfer sind meist dankbarer für jede Summe, die sie bekommen, und anerkennen die Geste dahinter, als es ihre Kinder bzw. Enkelkinder tun. Derzeit wird vermutet, dass die Entschädigungssumme für jeden Einzelnen nicht besonders hoch ausfallen wird – konkrete Zahlen können aber noch nicht genannt werden. Was sich sicher abzeichnet: Die Millionenfälle wird man an beiden Händen abzählen können.

Das Gros der Anträge kommt von Vertretern des so genannten mittleren Bürgertums. Das bedeutete: eine große Mietwohnung, eine Lebensversicherung, ein gutes Leben. Auto gab es schon keines. Für die Wohnung gab es bereits die Pauschale, bleibt ein wenig Geld für die Lebensversicherung, ein kleines bisschen für die abgebrochene Ausbildung, den Entzug eines Berufsrechts, einer Konzession. Der rote Faden, der sich durch die Anträge zieht, ist nämlich nicht der Verlust großer Reichtümer, macht Berman klar. Es sind die „zerbrochenen Lebensentwürfe“, die zerrissenen Biografien. Die Erbgeneration wird von der niedrigen Bewertung der Vermögen ihrer Vorfahren – und der schließlich noch wesentlich niedrigeren Auszahlungssumme – womöglich enttäuscht sein. Ob das der Intention des Washingtoner Abkommens entspricht? ■

Nationalfonds:

Zahlt seit 1995 einen symbolischen Betrag von 70.000 Schilling an NS-Opfer aus. Im Vorjahr gab es trotz der langen Laufzeit des Fonds immer noch 350 Neuanträge.

Dazu Fonds-Generalsekretärin Hannah Lessing: „Natürlich fragt man sich – warum erst jetzt? Aber es gibt eben Leute, die vor fünf Jahren gesagt haben, auf keinen Fall nehme ich etwas an, und nun kommen sie doch drauf, dass sie das Geld gut brauchen könnten.“ An den Nationalfonds können auch weiterhin Anträge gestellt werden – es gibt keine Frist.

Der Nationalfonds betreut u. a. aber auch Projekte und ist – Stichwort: Kunstrückgabegesetz – in Fragen der Provenienzforschung behilflich. 2001 wurde dem Fonds die Aufgabe übertragen, die im Abkommen von Washington vorgesehene Pauschalabgeltung von in der NS-Zeit entzogenen Mietrechten, Hausrat und persönlichen Wertgegenständen zu administrieren. 150 Millionen Dollar (163 Millionen Euro) wurden dafür zur Verfügung gestellt – und in einer ersten Tranche Betroffenen unbürokratisch 7.000 Dollar (nach festgelegtem Kurs 7.630 Euro) überwiesen. Die zweite Tranche von zusätzlichen 1.000 Euro pro Antragsteller wird dieser Tage überwiesen.

Versöhnungsfonds:

Der 2000 eingerichtete Fonds leistete Gesten an ehemalige Zwangs- und Sklavenarbeiter, die großteils aus dem heutigen Mittel- und Osteuropa kamen. Der Topf wurde von der Wirtschaft mit sechs Milliarden Schilling gefüllt. Ausgezahlt wurde in verschiedenen Kategorien.

105.000 Schilling (7.630,65 Euro) erhielten so genannte Sklavenarbeiter, also Personen, die in einem Konzentrationslager unter unmenschlichen Bedingungen zu Arbeit gezwungen wurden. 35.000 Schilling (2.543,55 Euro) erhielten Menschen, die Zwangsarbeit in Industrie, Gewerbe, Bauwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen, bei Reichsbahn oder Reichspost leisten mussten. Und 20.000 Schilling (1.453,46 Euro) gingen an ehemalige Zwangsarbeiter, die in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt waren oder persönliche Dienstleistungen in Haushalten oder Hotels leisten mussten. Frauen, die während der Zeit ihres Einsatzes als

Zwangsarbeiterinnen ein Kind zur Welt brachten oder zu einer Abtreibung gezwungen wurden, erhielten zusätzlich 5.000 Schilling (363,36 Euro).

Der Fonds hat inzwischen an alle Anspruchsberechtigten Auszahlungen vorgenommen. 95 Millionen Euro verblieben in dem Topf – 20 Millionen gingen nun an den Entschädigungsfonds, der Rest soll in eine Stipendienstiftung und einen von der Regierung noch nicht näher definierten „Zukunftsfonds“ fließen.

Allgemeiner Entschädigungsfonds:

Dieser Fonds ist Teil des Washingtoner Abkommens von 2001. Er wurde mit 210 Millionen Dollar gefüllt. Mit Beschluss vom Mai 2005 wandern zusätzlich 20 Millionen Euro, die im Versöhnungsfonds übrig blieben, in den Entschädigungsfonds, wobei davon 18,2 Millionen Euro zur Abgeltung des in der NS-Zeit entzogenen Gemeindevermögens direkt an die Israelitische Kulturgemeinde gehen.

Aus dem Fonds werden in der NS-Zeit erlittene Vermögensverluste entschädigt, wobei Auszahlungen an das Bestehen von Rechtssicherheit geknüpft

sind, in den USA also gegen Österreich aus dem Titel „Restitution“ keine Klagen mehr anhängig sein dürfen. Das betrifft auch die Gelder für die IKG.

Die Antragsfrist endete im Mai 2003. Noch ist Rechtssicherheit nicht gegeben. Die Bearbeitung der Anträge läuft noch. ■

Zum Nachschlagen:

„10 Jahre Nationalfonds. Einblicke. Ausblick“, herausgegeben vom Nationalfonds der Opfer des Nationalsozialismus, Wien 2005

„10 Jahre Nationalfonds. Zahlen. Daten. Fakten“, herausgegeben vom Nationalfonds der Opfer des Nationalsozialismus, Wien 2005

Beide Publikationen sind direkt beim Fonds unentgeltlich erhältlich:

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3,
1017 Wien

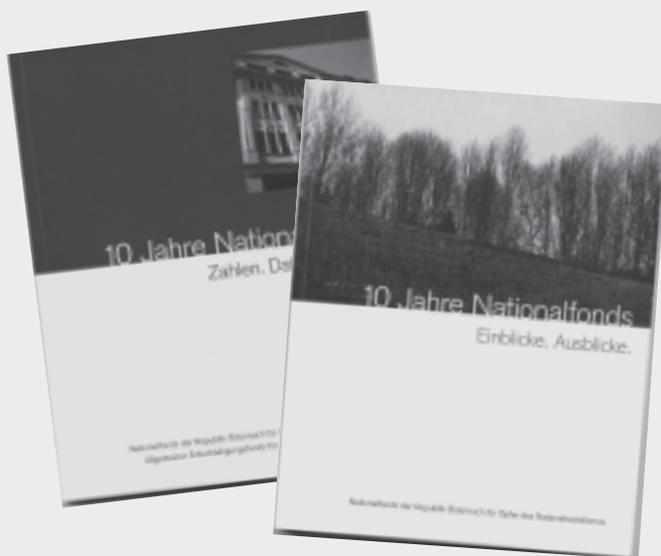
Tel.: 01/408 12 63

Fax: 01/408 03 89

E-Mail: sekretariat@nationalfonds.org

Homepage: www.nationalfonds.org

Die Fonds der Republik – nie mehr als eine Geste



Zeugin des Schweigens

Ihr Buch ist bereits Pflichtlektüre an den israelischen Schulen. Unter den wenigen Büchern, die von der zweiten Generation geschrieben wurden, ist „Warum bist du nicht vor dem Krieg gekommen“ von Lizzie Doron das beste von allen, meint die Tageszeitung Maariv. Ganz ohne Bitterkeit schildert Doron die soziale Isolation, die Fremdheit der Mutter in Israel und sich selbst als Zeugin des Schweigens. Ihre Geschichten über das, was war, beschreiben auch den Alltag im jungen Israel und sind trotz des Schattens der Shoa eine wunderbare Liebeserklärung an die Mutter.

VON DANIELLE SPERA



FOTO: © SUHRKAMP VERLAG

Helena kommt von DORT nach HIER. Sie stammt aus Polen und hat die Shoa überlebt – als Einzige in ihrer Familie. Allein gelassen mit ihren Erinnerungen kommt sie nach Israel, wird Krankenschwester, lernt in einem Sanatorium ihren Mann kennen – einen Patienten. Die gemeinsame Tochter wird geboren – Elisabeth. Der Vater ist unheilbar krank, er muss im Sanatorium bleiben, Elisabeth lernt ihn nie kennen, er stirbt, als sie acht Jahre alt ist.

Helena – die Mutter – wird so als Alleingelassene zur Alleinerzieherin, eine Fremde in einem ungeliebten Land, inmitten mutiger, stolzer, zionistischer Pioniere die so ganz anders sind als alles Bekannte. Sie sucht nach Spuren ihrer Herkunft, ihrer Familie. Im Radio wird ein Name genannt, der vertraut klingt, schon beginnt die Suche nach dieser Person. Gefunden wird Marek, ein starker, braun gebrannter Zionist, der ganz in seiner Arbeit in einem Moschav, einer der zahlreichen landwirtschaftlichen Gemeinschaften, aufgeht. Er sieht Helena und Elisabeth: Sein Kommentar: „Warum ist deine Tochter so blass

und dünn? Und was soll diese Diaspora-Kleidung? Und warum, sag mir, bist du nicht vor dem Krieg gekommen?“ Helena beantwortet diese Fragen nicht. Danach suchte sie nie mehr nach Verwandten.

Helena ist die Mutter der Autorin, Lizzie Doron – Elisabeth. Sie erzählt in kurzen Episoden Erlebnisse mit ihrer Mutter. Obwohl wir nie erfahren, was die Mutter erlitten und überlebt hat, kann man es wohl erahnen. Das Buch macht die unheilbaren Verletzungen der Seele in einer sehr sensiblen Weise deutlich und auch, wie sehr sie das Leben der zweiten Generation geprägt haben.

Lizzie Doron hatte eigentlich nicht vor, die Erinnerungen aus ihrer Kindheit niederzuschreiben. Die Initialzündung kam durch ihre Tochter, die in der Schule ein Projekt über die Wurzeln ihrer Familie erarbeiten musste. „Ich war dafür die einzige Informationsquelle, nachdem aus unserer Familie sonst niemand mehr da war“, so Lizzie Doron im Gespräch mit NU. „Meine Mutter hatte mit mir nie über ihre Geschichte ge-

sprochen, ich musste also meine Erinnerungen hervorkramen. Als meine Tochter in der Schule dann davon berichtete, zwangen mich die Lehrer fast dazu, die Geschichte meiner Kindheit und mein Leben mit meiner Mutter zu veröffentlichen. Für mich war es überraschend, dass irgendjemand an diesen Geschichten überhaupt Interesse haben könnte.“

Inmitten der Israelis scheint Helena mit ihrer Geschichte isoliert. Lizzie Doron meint dazu, dass sie eigentlich dabei auch Glück gehabt habe. „In dem Viertel, wo ich aufgewachsen bin, lebten ausschließlich Shoa-Überlebende, im Süden von Tel Aviv, in Yad Eljahu. Dort habe ich kaum Hebräisch gehört, die Menschen sprachen polnisch, rumänisch, jiddisch, deutsch, ungarisch. Ich bin also eigentlich in einem Shtetl aufgewachsen. Ich habe lange gebraucht, um zu erfahren, dass es außerhalb der Grenzen unseres Viertels ein ganz anderes Leben gibt. Israelis, Sabres. Wir wuchsen dort mit großer Liebe auf. Für alle Bewohner waren wir – die Kinder – die einzigen Verwandten. Es waren lauter



zerbrochene Familien, ohne einen Elternteil, ohne Großeltern, Onkeln oder Tanten. Über die Shoa wurde nicht gesprochen. Es gab wirklich nur Schweigen. Wir lebten wie in einem großen Flüchtlingslager. Eine große Gruppe isolierter Einwanderer mit den furchtbarsten Erinnerungen und Alpträumen. Und geringen Möglichkeiten, sich zu assimilieren, den Anforderungen Israels zu entsprechen.“

Nach dem Sechstagekrieg verändert sich das Viertel, in dem Helena wohnt. Starke, selbstbewusste israelische Helden ziehen ein. In diesen Familien gibt es kein Schweigen, sondern Geschichten über die mutigen Kämpfer in der Verwandtschaft. Helena und Elisabeth werden zu Leuten mit „wilden Mähnen, Sandalen und uniformähnlicher Khakikleidung“ eingeladen. Helena kommt im roten Kostüm mit Lackschuhen und Lacktäschchen. Und sie stellt sich vor: Als Helena Wie-Lämmer-zur-Schlachtbank. Sie wissen schon.“ Die Gastgeber sind fassungslos. Mutter und Tochter werden nicht wieder eingeladen.

In Helenas Wohnung trafen sich regelmäßig vier Frauen von DORT – zum Fünf-Uhr-Kaffee. Elisabeth erinnert sich nur an ihre Nummern, ihre Namen waren die reinsten Zungenbrecher, die Nummern waren leichter zu behalten. Sie stand auf dem Balkon und verkündete: 546772 kommt oder 94826 ist gleich da. Bei Kaffee und Kuchen fallen Sätze wie: Ich spüre schon seit Jahren keine Schmerzen mehr. Oder: meine Kleider sind lebendiger als meine Seele.

Szenen wie diese prägen Lizzie Dorons Kindheit, in ihren skizzenhaften Erinnerungen erleben wir die traumatisierte Mutter aber auch als prinzipientreue Frau, die ihre versunkene Welt nicht vergessen kann und den Toten treu bleibt.

„Meine Mutter hat mir nie erzählt, was sie erlebt hat. Sie hat sich entschieden, dass für mich nur die Zukunft relevant wäre. Der Nebeneffekt meines Buches war, dass mir viele Menschen Berichte zukommen ließen, sogar Dokumente über meine Eltern. Es haben sich Leute gemeldet, die mit meiner Mutter im

»Über die Shoa wurde nicht gesprochen. Es gab wirklich nur Schweigen.«

Konzentrationslager waren. Ich konnte so die Puzzleteile zusammensetzen. Ich werde jetzt auch nie mehr aufhören, nach Spuren zu suchen.“

Besuche von Verwandten kann es nicht geben. Zu Pessach lügt Helena, sie würde mit der Tochter wegfahren. Die Fensterläden werden geschlossen und Helena feiert in der finsternen Wohnung mit ihrer Tochter den Sederabend. Der Tisch ist für viele gedeckt – für die vielen ermordeten Verwandten. Helena spricht mit ihnen. Elisabeth hört schaudernd zu. Den Nachbarn erzählt Helena danach, wie schön der Seder war.

Lizzie Doron im Interview mit NU: „Die Sederabende, an denen meine Mutter nur Tote ‚einladen‘ konnte, habe ich als sehr belastend empfunden. Andererseits wusste ich nicht, wie die anderen Menschen diesen Abend feierten. Ich hatte keinen Vergleich. Aber ich war ein Kind und meine Mutter eine sehr warme Person. Das Essen war gut und ich versuchte, mich an den positiven Dingen festzuhalten. Ich weiß nur noch, dass ich betete, diese Abende mögen zu Ende gehen.“

FOTO: © DAVID GARR



Blonde Mutter mit
dunkelhaarigem Kind –
das Baby heißt Lizzie

»Ich werde jetzt auch nie mehr aufhören,
nach Spuren zu suchen.«



Ein neues Leben in Tel Aviv

»Auch wenn ich den israelischen Pass habe, fühle ich mich wie ein Flüchtling.«

Trotz dieser für ein Kind erschütternden Erlebnisse ist es Lizzie Doron mit viel Fingerspitzengefühl gelungen, ihre Mutter als willensstarke, außergewöhnliche Frau zu skizzieren, die konsequent ihren Weg geht. Die Geschenke zu Lizzies Bat Mizwa werden genauestens überprüft, alles was „Made in Germany“ ist, wird aus dem Fenster geschmissen. In den Fotoalben übermalt Helena braune Augen blau und sie färbt sich selbst und Elisabeth die Haare blond.

Heute sei ihr Verhältnis zu Deutschland und Polen sehr komplex, so Lizzie Doron. „Es ist so schwierig, weil Polen und Deutschland irgendwie doch meine Heimat sind. Meine Mutter liebte die deutsche Kultur, die Sprache, die Kunst, die Literatur. Sie war stolz darauf, sie las Heine und Goethe. Sie führte Selbst-

gespräche auf Deutsch, gleichzeitig schmiss sie Geschenke, die „Made in Germany“ waren, weg. „Mein Verhältnis zu Deutschland ist schizophren. Einerseits kann ich nicht vergessen, dass dieses Volk das schlimmste Verbrechen der Menschheit begangen hat – auch an meiner Familie. Andererseits sehe ich meine Mutter vor mir, wenn sie immer wieder zu sich selbst sprach: ‚Ich muss jetzt hier in dieser Wüste leben, ohne meine Familie, meine Kultur, meine Sprache, ohne den Schnee.‘ Wenn ich dort bin, kommt mir alles sehr vertraut vor.“

Lizzie Dorons Mutter lebte in zwei Welten gleichzeitig. Hier, das ist das Israel der Nachkriegsjahrzehnte. Dort, das sind Polen und Deutschland, wo Helena aufgewachsen ist, die vergangene Welt des osteuropäischen Judentums.

„Dort hat sie gelitten, die Ärmste, aber auch HIER ist sie noch DORT und das ist der schlimmste Schmerz von allen“, heißt es in „Warum bist du nicht vor dem Krieg gekommen“. Und weiter: „Sie weinte nicht nur über das, was einmal gewesen war und nicht mehr war, sondern vor allem über das, was hätte sein können und nie sein würde.“

Die Zerrissenheit hat Lizzie Doron geprägt, nachdem die Wurzeln ihrer Mutter vernichtet waren, fühlt auch sie sich nicht hundertprozentig irgendwo beheimatet. Und meint, sie sei eine gute Ausgabe des „wandering Jew“. Lizzie Doron zu NU: „Auch wenn ich den israelischen Pass habe, fühle ich mich wie ein Flüchtling. Ich weiß zwar, dass ich hierher gehöre, gleichzeitig träume ich von Deutschland. Deutschland ist für mich wie eine Peepshow. Ich kann die Träume meiner Mutter berühren. Viele Überlebende sind sehr böse auf mich, wenn ich sage, dass ich gern einen deutschen Pass hätte. Denn: Was meine Mutter mir mitgegeben hat an Erinnerungen, stammt aus Deutschland. Meine Vorfahren waren 400 Jahre lang dort. In meinen Träumen möchte ich nach Deutschland auswandern, ich bin keine gute Soldatin, keine gute Kämpferin. Ich habe auch nie dieses tiefe Gefühl einer Israelin gehabt, also z. B. dieses: Hier habe ich einen Zitronenbaum gepflanzt. Vielleicht sind es aber auch unsere ‚jüdischen Gene‘, die bei mir durchschlagen. Dass wir, weil wir immer von irgendwo vertrieben wurden, von Geburt an mobil sind, das heißt, dass wir überall leben können, um ein besseres Leben, ohne Verfolgung, zu führen. Vielleicht sind wir dadurch auch flexibler, weil uns die Welt offen steht.“

Lizzie Doron,

geboren 1953, lebt in Tel Aviv. Ihr 1998 auf Hebräisch erschienenes Buch „Warum bist du nicht vor dem Krieg gekommen“ wurde von der israelischen Kritik begeistert aufgenommen, sie erhielt den von Yad Vashem vergebenen Buchman-Preis. Auf Deutsch übersetzt erschien es kürzlich im Jüdischen Verlag. Dort kommt im Juli auch ihr neuestes Buch „Ruhige Zeiten“ heraus. Auch darin berichtet sie behutsam und humorvoll vom Balanceakt einer Gruppe von Shoah-Überlebenden, die versucht, in Israel ein neues Leben zu beginnen, soweit das eben möglich war.

Der Optimist

Danny Wieler schildert im NU-Interview die Fortschritte zwischen jungen Arabern und Juden in Israel. Der Vizedirektor von „Givat Haviva“ betont auch, warum es wichtig ist zu zeigen, dass sich Juden im Holocaust gewehrt haben. Und er erklärt, warum der Kibbuz lebt.

VON RAINER NOWAK

Die Entwicklung des Kibbuz? Danny Wieler ist überrascht. „Das hat mich heute noch kein Journalist gefragt.“ Eigentlich schon sehr lange nicht. Dabei lebt der Vizedirektor der israelischen Friedensbewegung „Givat Haviva“, die sich um den Dialog zwischen Israelis und Palästinensern bemüht, schon sehr lange in einem Kibbuz. Und normalerweise spricht der gebürtige Schweizer über diese schwierige Annäherung oder über die zweite große Aufgabe seiner Organisation, nämlich Vermittlung des und Information über den Holocaust für junge Israelis.

Aber er rede als begeisterter Kibbuzim auch gerne über die angebliche Krise der israelischen Kollektiv-Gemeinden. Ja, es stimme, dass dem Kibbuz die eigentlichen Aufgaben abhanden gekommen seien. Sowohl die Wahrung der Sicherheit des Landes als auch die wirtschaftliche Urbarmachung seien zumindest größtenteils von Staat beziehungsweise Wirtschaft übernommen worden. In den Anfangsjahren des Landes hatte der Kibbuz diese zentralen Aufgaben übernommen. Ob nicht auch die ideologische Grundidee des solidarischen Kollektivs verschwunden sei? Wieler stimmt dieser These nur teilwei-

se zu. Natürlich gehe es heute vielen vor allem um das Stillen individueller kommerzieller Wünsche, aber der Kibbuz müsse sich eben auch verändern.

Manche seien radikal privatisiert und zu modernen Unternehmen umgebaut worden, sein eigener Kibbuz habe leichte Veränderungen vollzogen, die die Mitglieder – so auch ihn – zu Beginn wenig begeisterten, aber später eben funktionierten. So sei aus der Kibbuz-Kantine und Proviant-Station ein normales Res-

»Wir leben im Nahen Osten. Wir haben ein Patent auf Wunder.«

taurant geworden, in dem jeder auch bezahlen müsse. Alleine der Brotverbrauch sei enorm zurückgegangen. Warum? „Weil früher jeder einfach so viel Brot nahm, wie er wollte, und es dann notfalls wegwarf, heute kauft jeder so viel er braucht. Und früher nahm jeder so viel Freunde und Gäste von außerhalb des Kibbuz mit, wie er wollte, heute muss er dafür eben auch bezahlen“, schildert Wieler. Also eine ganz normale Entwicklung? Wieler lächelt und gibt

zu verstehen, dass es im Kibbuz schon noch um mehr gehe. Um eine ordentliche Dosis Idealismus nämlich. Und Optimismus.

Das muss bei Wieler, der auf Anfrage auch gut gelaunt Sätze in perfektem, natürlich völlig unverständlichem, Schweizerdeutsch zum Besten gibt, der zentrale Antrieb sein. Hört man ihm zu, wird Frieden zwischen Palästinensern und Israelis plötzlich viel wahrscheinlicher, als es die Nachrichten der vergangenen Monate nahe legen würden. Wieler berichtet begeistert von dem Erfolg seines Projektes Crossing Borders. In dem alle zwei Monate erscheinenden englischsprachigen Magazin schreiben in erster Linie jüdische und arabische Jugendliche aus Israel, den Palästinenser-Gebieten und Jordanien über ihre Hoffnungen, Ideen und Forderungen für ein gemeinsames Zusammenleben. In der vergangenen Ausgabe von Mai/Juni war ein Tenor der Beiträge, dass die Europäische Union nicht zuletzt eine stärkere und vor allem klarere Rolle übernehmen müsste.

Wieler ist überzeugt davon, dass in der Region dauerhafter Frieden einmal möglich sein wird. „Wir leben im Nahen Osten. Wir haben ein Patent auf Wunder.“ Die aktuelle Lage beschreibt



FOTO: © AGENTUR MILLI SEGAL

er mit einem alten chinesischen Zitat: „Ich lebe in interessanten Zeiten. Nur manchmal wünschte ich, sie wären nicht so interessant.“

Dass Israels Regierung Mitte August damit beginnen will, die jüdischen Siedlungen im Gazastreifen zu räumen, ist für Wieler ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch er könne auch Verständnis für die Siedler aufbringen: „Politisch ist der Abzug richtig, menschlich ist er ein Riesenproblem“, meint der Friedensaktivist. „Viele müssen jetzt Häuser verlassen, in denen sie schon seit 30 Jahren leben. Ihre Verwandten sind dort begraben – oft Menschen, die bei Terroranschlägen umgekommen sind. Jetzt haben sie das Gefühl, als würden Angehörige ein zweites Mal ermordet.“

Für Wieler liegt die Verantwortung für die schlechte Situation ganz klar bei einer Person, bei Israels Premier Ariel Sharon: „Sharon hat sie ermuntert, als Pioniere in den Gazastreifen zu gehen. Jetzt sagt er: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.“

Im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute übt Wieler Kritik an jener Barriere, die Israel im Westjordanland errichtet hat. Sie habe den Terror zwar eingedämmt, sie hätte jedoch entlang „der

grünen Linie“, der Grenze von 1967, gezogen werden müssen. „Der jetzige Verlauf rund um Jerusalem ist inakzeptabel.“ Wieler kann sich vorstellen, dass Israel große Siedlungen im Westjordanland behält, aber nur im Rahmen eines Gebietsaustausches mit den Palästinensern.

Nach Wien gekommen ist Wieler Anfang Juni anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Women in the Holocaust – Frauen im Widerstand“. Erstellt wurde die Wanderausstellung vom Moreshet-Holocaust-Zentrum in Israel, das Wiewlers „Givat Haviva“ gehört. Nach Israel, den USA und Kanada ist sie erstmals in Europa zu sehen. „Der Holocaust und der Zweite Weltkrieg ist bisher nie aus der Sicht der Frauen gezeigt worden“, sagte Wieler bei der Eröffnung. Die Judenverfolgung aus diesem neuen Blickwinkel zu sehen, ist einer der vielen Projekte, die die Organisation durchführt.

Die Vermittlung des Holocaust, die in Israel selbstverständlich zentraler Schwerpunkt im Schulunterricht ist, wird schwieriger, schildert Wieler. Noch gebe es zum Glück Zeitzeugen, die den Jungen ihre schrecklichen Erlebnisse erzählen. Aber man müsse sich

auf die Zeit ohne lebende Zeugen vorbereiten. Wichtig sei dabei, jungen Israelis – aber natürlich auch Schülern in allen anderen Ländern – die Möglichkeit zu geben, selbst an Hand von alten Dokumenten Lebens- und Leidensgeschichten zu recherchieren. „In unserem Archiv haben wir etwa Tagebücher, die die Zeit lebendig machen“, erzählt Wieler. Wichtig sei ihm, die Darstellung zurechtzurücken, Juden seien wie die Lämmer zur Schlachtbank geführt worden. „Es hat sehr viel Widerstand gegeben, auf ganz unterschiedliche Weise, entweder offen oder eben nur versteckt im Kleinen“ – wie auch die Frauen-Ausstellung im Nestroyhof zeige. „Das ist wichtig“, sagt Wieler. Denn gerade viele junge Israelis hätten lange nicht verstanden, warum sich die Generation ihrer Großeltern nicht gewehrt habe.

Zudem würden erst in den vergangenen zehn, zwanzig Jahren die Holocaust-Überlebenden über die damalige Zeit erzählen, „lange haben sie geschwiegen“, fast wie die Täter auf der anderen Seite. Nun gebe es damit neue wichtige Erzählungen und Schilderungen. So bleibe die Zeit lebendig, meint Wieler. Und wieder schwingt in seiner Stimme dieser Optimismus mit. ■

„Die Geschichte einmal ruhen lassen“

NU hat eine Umfrage unter österreichischen Parlamentariern zur jüngeren Geschichte durchgeführt. Die wichtigste Erkenntnis: Nur 49 der 183 fanden sich bereit zu antworten. Über die Motive der anderen, die ihre Positionen nicht bekannt geben wollten, kann nur gemutmaßt werden.

EIN BERICHT VON PETER MENASSE

Abgeordnete sind nicht repräsentativ für die Bevölkerung

Wenn man Abgeordnete zur jüngeren Geschichte befragt, kommt wenig dabei heraus. Das lässt sich nach einer Umfrage von NU bei den österreichischen Parlamentariern resümieren. Wir hatten an alle 183 Nationalratsabgeordneten einen Fragebogen zum Thema „Gedankenjahr“ übersandt und sie gebeten, sich ein paar Minuten Zeit zu nehmen, um unsere Fragen zu beantworten. Der Rücklauf war mit 27 Prozent sehr bescheiden. Nur 49 Abgeordnete nahmen sich Zeit, unserer Bitte nachzukommen. Alle Ergebnisse müssen daher unter einem zweifachen Vorbehalt gelesen werden.

Der erste Vorbehalt: Die österreichischen Volksvertreter sind nicht repräsentativ für die von ihnen vertretene Bevölkerung. Das gilt nicht erst seit der Gründung einer orangen Bewegung, die von niemandem gewählt worden ist, sondern das ist eine, immer schon gültige Feststellung, die sich auf die Erkenntnisse der Statistik stützt.

4.000 Abgeordnete – ein statistischer Albtraum

Ein repräsentatives Sample muss zu mindest ein halbes Promille der Untersuchten umfassen, um aussagekräftig zu



FOTO: © ATELIER SCHIFFLEITNER

sein. Darüber hinaus muss es auch in seiner Zusammensetzung die darzustellende Gesamtmenge widerspiegeln. Wir bräuchten also rund 4.000 Abgeordnete, um wirklich repräsentativ vertreten zu sein. Und unter ihnen müssten jedenfalls mehr als die Hälfte Frauen sein, wie es eben der österreichischen Bevölkerung entspricht, weit mehr als die Hälfte wären alte Menschen und nur wenige der Abgeordneten kämen zum Beispiel aus Vorarlberg.

Der zweite Vorbehalt: Wenn nur 49 von 183 Abgeordneten antworten, ist das Ergebnis selbst für die Gruppe der Abgeordneten nicht repräsentativ. Es lässt sich vermuten, dass eher jene Parlamentarier geantwortet haben, die uns nahe stehen und auch sicher sind, unangreifbare Positionen zu vertreten.

Das Ergebnis spiegelt also immerhin den Stand der „political correctness“ der österreichischen Nationalratsabge-

ordneten wider und es zeigt, wer sich traut, zu Fragen der Geschichte der jüngsten sechzig Jahre unbefangene Antworten zu geben.

Weil ich mich nichts trau, wähl ich orange und blau

Es gab gravierende Unterschiede in der Bereitschaft der einzelnen Parteien, sich den Fragen zu stellen. Wenig verwunderlich hat sich von den 18 FPÖ-Abgeordneten nur ein einziger darüber gewagt. Die ÖVP war mit 17 Antworten aus den Riegen ihrer 79 Volksvertreter ebenfalls unterrepräsentiert. Immerhin 21 SPÖ-Vertreter (30 Prozent) waren bereit uns zu antworten und von den Grünen gaben uns deutlich mehr als die Hälfte die Ehre einer Antwort (10 von 17 Abgeordneten).

Dieser Rücklauf stimmt, wie uns Meinungsforscher sagen, durchaus mit dem typischen Verhalten der Parteigänger

Respondenten der NU-Befragung nach Parteizugehörigkeit im Verhältnis zur Verteilung im Nationalrat			
Partei	Anzahl Abgeordnete im Nationalrat	Respondenten NU-Befragung [absolut]	Respondenten NU-Befragung [in %]
Grüne	17	10	58,8
SPÖ	69	21	30,4
ÖVP	79	17	21,5
FPÖ	18	1	5,6
gesamt	183	49	26,8

Zum Zeitpunkt der Umfrage war das BZÖ noch nicht geboren

überein. FPÖ-nahe Menschen genießen sich für ihre Ansichten und lassen daher wenig raus, während Grün-Bewegte offen zu ihren Positionen stehen.

Die Bedeutung der drei Jubiläen

Als Erstes baten wir die Abgeordneten, drei Ereignisse – das Kriegsende 1945, den Staatsvertrag 1955 und den Beitritt zur EU 1995 – nach ihrer Bedeutung zu ordnen. Die meisten, nämlich 40 der insgesamt 49, unter ihnen auch der einzige FPÖ-Mandatar, nannten das Kriegsende an erster Stelle. Es gab aber auch drei Personen, die den EU-Beitritt für bedeutsamer ansahen. Das korrespondiert mit der Ansicht einiger weniger, dass die Auseinandersetzung mit den Ereignissen der Jahre 1938 bis 1945 bzw. 1945 bis 1955 aufhören sollte. Ein Kommentar aus der ÖVP-Ecke lautete: „Geschichte bitte einmal ruhen lassen!“, und einer seiner Parteikollegen meinte, es handle sich um eine bereits zu lange zurückliegende Geschichte.

Die meisten Abgeordneten gaben hingegen ermutigende Kommentare. Wenn alle Parlamentarier so dächten, müsste einem gar nicht bange sein. Wie sagte doch ein Grüner zur Bedeutung der Auseinandersetzung: „Weil es unsere Geschichte ist.“

Multi-Kulti oder was?

Mehrere Fragen bezogen sich auf die Positionen der Abgeordneten zu Ausländern und auf ihre eigene Identität. 41 unserer 49 Parlamentarier kreuzten das Feld „Österreicher“ bei ihrer Identität an, 31 von ihnen, darunter mehrheitlich die ÖVP-Abgeordneten, auch noch das Feld „Christen“.

Bei der Frage, welche Nachbarn nach Herkunft sie bevorzugten, wollten 19 gar nicht antworten. Acht Befragte kreuzten das Feld „egal“ an, elf wiederum zeigten ihre Weltoffenheit, indem sie alle Felder ausfüllten. So kommt also heraus, dass es den meisten gleich recht wäre, neben Christen, Moslems, Juden, Türken, Ex-Jugoslawen, Sinti, Roma usw. zu wohnen. Das ist politische Korrektheit, wie sie liebt und lebt. Bei der Frage, welche Nachbarn ihnen am unangenehmsten wären, gab es dann doch fünf Mal die Nennung „Moslems“, drei Mal „Türken“ und zwei Mal „Osteuropäer“ (Mehrfachnennungen waren möglich). Wenig überraschend schrieb keiner von ihnen an das NU, dass ihnen „Juden“ als Nachbarn unerwünscht wären. Mazel tov.

Überraschend war für uns allerdings, dass 28 der 49 Abgeordneten behaupteten, regelmäßigen Kontakt mit Juden zu haben. Das kann wohl nur auf die segenreiche Lobbying-Arbeit des ge-

schätzten Präsidenten Ariel Muzicant zurückzuführen sein. Oder doch etwa auf Leon Zelman?

Ein interessantes Ergebnis gab es auch bei der Frage, woher der Ehepartner für ihre Kinder stammen sollte. Immerhin zehn Mal wurden da die Kärntner Slowenen und die Burgenland-Kroaten genannt (Mehrfachnennungen möglich). Ob da der grüne Klub eine Ausfällhilfe für seine Abgeordneten angeboten hat?

Noten für die Republik

Für ihre Vorgangsweise bei der Restitution bekommt die Republik Österreich mehrheitlich positive Bewertungen – von 43 der 49 Respondenten, das sind 88 Prozent. Einer der Grünen fügt erklärend oder vielleicht auch rechtfertigend hinzu, dass er das „eher positiv“ sehe weil „etwas geschieht! (endlich!)“.

Auch die aktuelle Politik zu Minderheitenrechten generell wird häufiger positiv als negativ bewertet (29 positive, 19 negative Bewertungen), aber nicht annähernd im selben hohen Ausmaß.

Ansonsten überwiegen die negativen „Noten“ für die aktuelle Vorgangsweise der Republik: Sowohl bezüglich Arbeits- und Aufenthaltsrecht für Ausländer als auch beim Wahlrecht für in Österreich lebende Ausländer und Asylrecht sind die meisten unserer Abgeordneten unzufrieden. Und spätestens bei diesem Ergebnis lässt sich wohl erkennen, dass wir es mit einer nicht wirklich repräsentativen Gruppe zu tun haben. Wäre das nämlich eine Mehrheitsmeinung unter Österreichs Abgeordneten, ließe sich ja sofort etwas an den Missständen ändern.

Und wozu das Ganze?

„Was bezwecken Sie mit dem Fragebogen“ wollte einer der Mandatäre wissen. Tja, das fragen wir uns jetzt im Nachhinein auch. Die Freunde der Kampl und Gudenusse im Parlament haben ihre Mitwirkung verweigert. Ein paar andere wollten sich die Arbeit nicht antun. Die 49 Braven, die uns geantwortet haben, malen ein Bild der politischen Korrektheit. Entspräche die Bewusstseinslage in unserem Parlament diesen 49 Antworten, lebten wir und andere Minderheiten im besten aller Staaten. Ein ÖVP-Abgeordneter meinte in seinem Kommentar auch blauäugig: „Wir haben keinen Antisemitismus ...“ Das aber stimmt leider nicht. Dazu gibt es genügend Umfragen mit aussagekräftigem Rückfluss an Antworten. ■



NU: Herr Halbrainer, Sie beschäftigen sich intensiv mit der Vergangenheitsaufarbeitung in der Steiermark. Der Prozess des Erinnerns begann relativ spät. Warum?

Heimo Halbrainer: Es mag durchaus ein Grund für die späte Aufarbeitung in der Steiermark sein, dass es bei uns in der Steiermark das Fach Zeitgeschichte an der Universität erst seit zwanzig Jahren gibt. Institutionen, wie das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und andere außeruniversitäre Einrichtungen mehr, die bereits vor rund 40 Jahren mit der Aufarbeitung der dunklen Kapitel unserer Vergangenheit begonnen haben, gibt es in der Steiermark nicht. Und wenn ich so auf die letzten zehn Jahre zurückblicke, in denen ich mit CLIO – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit versucht habe, diese Themen zu bearbeiten, so kann ich feststellen, dass sich außer uns in der Steiermark fast niemand dieser Themen annimmt.

Sie haben über das Massaker an ungarischen Juden am Präbichlpass geforscht.

Gibt es mittlerweile Erinnerungsorte dazu?

Die Ermordung von rund 200 Juden und Jüdinnen am Präbichl in Eisenerz im April 1945 gehört in der Steiermark zu den größten Verbrechen in der Endphase der NS-Herrschaft. Zehntausende ungarische Juden wurden Ende 1944 zur Zwangsarbeit an der österreichisch-ungarischen Grenze gezwungen, wo ein „Ostwall“ die näherrückende Rote Armee aufhalten sollte. Als dieses Unterfangen im März 1945 aufgegeben wurde, wurden die ungarischen Juden auf so genannten Todesmärschen nach Mauthausen getrieben. Zigtausende mussten dabei quer durch die Steiermark marschieren, wo es immer wieder

„Geschichten dem Vergessen entreißen“

Barbara Tóth sprach mit dem Grazer Historiker Heimo Halbrainer über sein Forschungsprojekt über das Massaker an ungarischen Juden am Präbichlpass und über die Gründe für die schleppende Aufarbeitung von Nazi-Verbrechen in der Steiermark.

durch lokale Volkssturmmänner und auch Hitlerjungen, die diese Züge begleiteten, zu Erschießungen von Juden kam. Das größte steirische Massaker verübte der Eisenerzer Volkssturm. Obwohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit Prozesse gegen die Verantwortlichen durchgeführt und zwölf Todesurteile ausgesprochen wurden, kam es bald zu einem kollektiven Vergessen

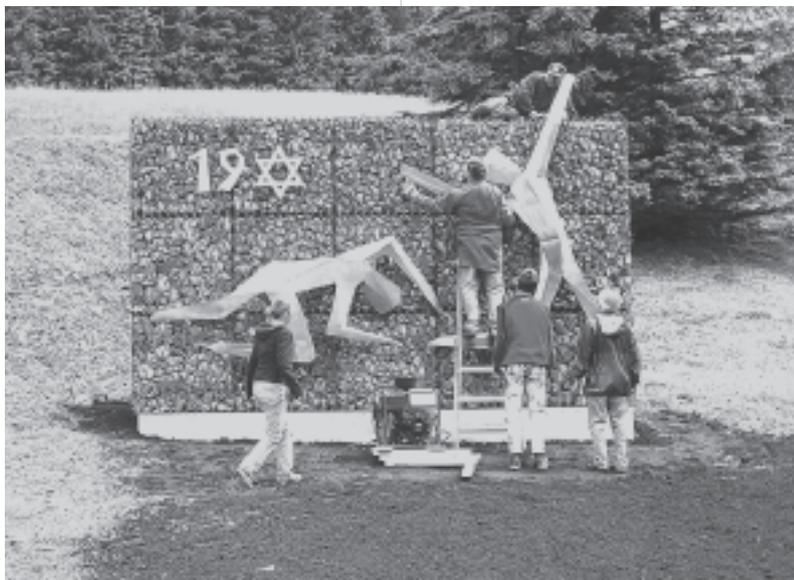
»Das Thema der ›Arisierung‹ ist für die Steiermark kaum bearbeitet.«

und Verdrängen dieser Geschichte, zumal die Täter ja nicht „die Deutschen“ oder „die Nazis“ waren, sondern Bürger der Gemeinde. Ein öffentliches Erinnern gab es nicht, lediglich beim Leopoldsteinersee gab es einen von jüdischen Displaced Persons aus dem Lager Admont 1948 errichteten Friedhof. Im Jahr 2000 haben mehrere Personen die Gemeinde Eisenerz auf den Umstand, dass es kein Erinnerungszeichen an dieses Massaker gibt, aufmerksam ge-

macht und gemeinsam wurde in Eisenerz und der Umgebung ein Gedenkprozess in Gang gesetzt, der schließlich im Jahr 2004 zur Enthüllung eines von SchülerInnen entworfenen Mahnmals am Präbichl führte.

Vielfach trafen Sie bei Ihren Recherchen auf Gemeindefunktionäre, die gar nichts wussten über Gedenkstätten?

In der Steiermark gibt es – verglichen mit Wien oder Oberösterreich – nur einige wenige Gedenkstätten. Einige – wie etwa in Eisenerz oder Bretstein, wo ein Nebenlager des KZ Mauthausen war – sind erst in den letzten Jahren entstanden, wobei es hier vielfach so war, dass Jugendliche oder Schulklassen den Anstoß dazu gaben und den Bürgermeister für die Errichtung einer Gedenkstätte gewinnen konnten. Vielfach war es aber so, dass die dahinterliegende Geschichte den wenigsten bekannt war – was auch damit zusammenhängt, dass es dazu keine oder kaum wissenschaftliche Literatur gibt. Prinzipiell konnte ich aber feststellen, dass die Gemeindefunktionäre, die Bürgermeister, die allesamt der jüngeren Generation entstammen, rasch bereit waren, die Leerstelle des Wissens und der Erinnerung zu beseitigen.



Ebenfalls kaum bearbeitet ist das Thema Arisierung. Warum ist die Geschichte der Maschinenfabrik Andritz beispielsweise so wenig erforscht?

Das Thema der „Arisierung“ ist für die Steiermark kaum bearbeitet, was unter anderem damit zusammenhängt, dass – als die Historikerkommission vor Jahren die Aufarbeitung des Vermögensentzugs in Auftrag gab – die Steiermark wie auch bei anderen Themen, etwa dem Widerstand, „vergessen“ wurde. Ich habe mir einmal die offizielle Geschichte der Maschinenfabrik Andritz angesehen. Darin kommt mit keinem Wort die „Arisierung“ des Aktienkapitals von Wolfgang Gutmann, der 84 Prozent hielt, vor. Das trifft auch auf das Eisen- und Hammerwerk in Seebach zu sowie auf all die Beraubungen der „kleineren“ Betriebe, Geschäfte, Wohnungen. Der Grazer Historiker Eduard Staudinger hat zu diesen beiden Fabriken einen kleinen Aufsatz verfasst. Darüber hinaus gibt es – mit Ausnahme einer Lokalstudie zu Mürzzuschlag, wo es aber nur einige wenige jüdische Realien gab, die 1938/39 „arisiert“ wurden – keine Aufarbeitung. Wir haben uns vor Jahren an das Land Steiermark gewandt und ihnen angeboten, dass wir die Aufarbeitung der „Arisierung“ und

der Rückstellung in der Steiermark, entsprechend einem Beschluss der Landesregierung aus dem Jahr 2000, übernehmen würden. Wir haben bis heute keine offizielle Antwort darauf bekommen.

Braucht es einen Generationswechsel unter Historikern, um über solche Ereignisse offen zu forschen?

Sagen wir so, es ist sicher nicht von Nachteil, dass sich eine jüngere Generation mit diesen Ereignissen auseinandersetzt. Es hängt auch damit zusammen, dass viele der notwendigen Akten erst in den letzten Jahren zugänglich wurden.

Inwieweit waren Wissenschaftler in der Steiermark selber belastet und haben deshalb nicht nachgefragt?

Wie gesagt, es gibt das Fach Zeitgeschichte in der Steiermark erst seit rund 20 Jahren. Die HistorikerInnen waren bei der Gründung des Instituts allesamt jung, entstammten der 68er Generation und haben sich – auch die Zeitgeschichte unterliegt „Modethemen“ – den damals aktuellen Diskussionen zur Sozialgeschichte, Oral History, Frauengeschichte oder Widerstandsforschung zugewandt. Ein „Nicht-Behandeln“ etwa der Tätergeschichte hat daher nichts mit eigenen Belastungen zu tun. Interessant

ist aber, dass es keine Aufarbeitung der Geschichte der Universität Graz zwischen 1938 und 1945 gibt, außer einer von außen durchgeführten knappen Darstellung aus dem Jahr 1985 – wobei den damals jungen Forschern der Zugang zum Universitätsarchiv verwehrt wurde – und einer in den letzten Jahren begonnenen Beschäftigung mit der Medizin im Dritten Reich.

Haben Sie einen persönlichen Bezug zum Thema?

Nicht in dem Sinn wie die 68er, die sich mit den Taten oder Untaten ihrer Eltern auseinander setzten und so bis dahin tabuisierte Themen erstmals ansprechen. Dafür sind meine Eltern zu jung und von meinen Großeltern weiß ich eigentlich nicht viel, außer dass mein Großvater in den letzten Wochen – so eine immer wiederkehrende Erzählung, die ich als Zehnjähriger zu hören bekam – desertiert ist und sich irgendwo versteckt hat, wobei ich nicht einmal weiß, ob er nicht nur im Volkssturm war. Einen persönlichen Bezug gibt es eher dahin, dass ich in den letzten 20 Jahren viele Menschen kennen lernen konnte, die – wie es der hingerichtete Grazer Schriftsteller Richard Zach in einem seiner Zelligedichte formuliert hat – den anderen Weg gegangen sind. Viele dieser Menschen, die im Widerstand aktiv waren, die verfolgt wurden, sind mir persönliche Freunde geworden. Unter anderem ihre Geschichte zu erzählen, auch wie mit ihnen nach 1945 umgegangen wurde – und sie somit dem Vergessen zu entreißen – ist mir schon ein persönliches Anliegen.

Wurde in Ihrer Familie über den Zweiten Weltkrieg und die Nazi-Zeit gesprochen?

Nein, überhaupt nicht. ■

Zur Person:

Heimo Halbrainer, geb. 1963 in Knittelfeld, studierte Geschichte und Deutsche Philologie an der Universität Graz; Projektassistent am Institut für Österreichische Rechtsgeschichte bzw. am Institut für Geschichte/Zeitgeschichte; Leiter von „CLIO – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit“ in Graz; zahlreiche Publikationen und Aufsätze zu den Forschungsschwerpunkten: Jüdisches Leben in der Steiermark, Kriegsverbrecherprozesse nach 1945, Widerstand und Verfolgung.
www.clio-graz.net



DIE GEFÄLLIGKEITS-DIKTATUR

Die Nazis verstaatlichten die Vermögen der Juden Europas. Sie profitierten von unterjochten Völkern und den Leistungen der Zwangsarbeiter, um Raubkriege und Aufrüstung zu finanzieren. Das Volk wurde mit niedrigen Steuern und gefälliger Sozialgesetzgebung bei Laune gehalten. In seinem Buch „Hitlers Volksstaat – Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus“ dokumentiert Götz Aly den Massenraubmord .

MICHAEL KERBLER HAT ES FÜR NU GELESEN

Der amerikanische Soziologe und Politologe Daniel Goldhagen sorgte im Jahr 1996 mit seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“, in dem er die Ursachen für den Holocaust untersuchte, für heftige Debatten. Goldhagen bringt seine Kernthese auf die Kurzformel „No Germans, no Holocaust“ – ohne die Deutschen wäre die Vernichtung des europäischen Judentums nicht möglich gewesen.

Vom „willigen Vollstrecker“ zum „zufriedenen Räuber“

Für Goldhagen ist das kennzeichnende Merkmal des Nationalsozialismus der Holocaust. Die Triebkräfte, Jüdinnen und Juden bereitwillig zu töten, wurzeln in den antisemitischen Auffassungen der Deutschen, ist sich Goldhagen sicher. Er kommt zu dem Schluss, dass die deutsche Gesellschaft über die Massenmorde gut informiert war. Außerdem habe, so Goldhagen, die Behandlung der Jüdinnen und Juden allen rationalen und ökonomischen Motiven widersprochen. Genau an diesem Punkt – bei den ökonomischen Motiven – hakt der deutsche Historiker Götz Aly mit seinem neuen Buch „Hitlers Volksstaat“

ein. Aly hält der Goldhagen-These von den willigen Vollstreckern sein Bild von den zufriedenen Räufern entgegen.

Der deutsche Historiker zwingt zu einer anderen Sichtweise auf die Bevölkerung in Nazideutschland und darauf, wie es Adolf Hitlers Machtapparat gelungen ist, die Massen für Reich und Führer einzunehmen. Schon im Titel und im Untertitel weist Götz Aly in Richtung seiner These. „Hitlers Volksstaat – Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus“ nennt er seine akribisch recherchierte Dokumentation, die nahezu 450 Seiten umfasst.

Symbiose zwischen Volksstaat und NS-Verbrechen

Götz Aly hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Symbiose zwischen Volksstaat und NS-Verbrechen sichtbar zu machen. In dieser Symbiose sieht er einen ganz wesentlichen Aspekt der Nibelungentreue der Bevölkerung im „Dritten Reich“. Nicht der Antisemitismus allein war Triebkraft für Judenverfolgung und Holocaust. Nicht das Charisma des Führers. Nicht der allgegenwärtige Terror. Das Regime erkaufte sich vielmehr seinen innenpolitischen

Rückhalt mit einer Mischung aus milder Steuerpolitik, guter Versorgung und punktuell Terror, so Aly. Voraussetzung dafür war die Ausplünderung Europas, aber nicht nur zum Vorteil des deutschen Großkapitals, sondern auch zum Nutzen von Millionen einfacher Deutscher und Österreicher. Die NSDAP propagierte eine sozial- und nationalrevolutionäre Utopie des vergangenen Jahrhunderts. Daraus bezog sie zweierlei: ihre Popularität und ihre verbrecherischen Energien. Der S. Fischer-Verlag verknüpft den Gehalt des Sachbuchs auf einen kurzen und zugleich plakativen Satz: „Wie gut es ‚Otto Normalverbraucher‘ in Nazi-Deutschland hatte!“

Nicht nur der „Raubkrieg“ Hitlers, sondern auch die Judenvernichtung betrachtet und bewertet Götz Aly aufgrund der Akten des damaligen Reichsfinanzministeriums unter einem ökonomischen Aspekt. Etwa die so genannte „Judenbuße“, die im Jahr 1938 verfügt wurde.

Götz Aly verweist auf die katastrophale Finanzlage des Staates, die übrigens Grund dafür war, dass die Budgetdaten nicht mehr veröffentlicht wurden.

anderes ist als eine Enteignungsverordnung. Darin heißt es: Wer außer Landes geht – und das bedeutet auch, wer deportiert wird, wer in die Vernichtungslager verbracht wird –, dessen Vermögen verfällt an das Deutsche Reich.“

Neue Debatte um Kollektivschuld?

Dem NS-Staat gelang es, die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zu gewinnen, indem er geraubte Vermögen in Form von Urlaub, Rentenversicherung, Ehegattensplitting, der Einführung des Kilometergeldes, den Pfändungsschutz für Armeeeingehörige, dem Delogierungsschutz, etc. umverteilt.

Nicht zu vergessen: Bis zum Zusammenbruch der „Gefälligkeitsdiktatur“ – wie Götz Aly Hitlers Volksstaat bezeichnet – wurden die Steuern und Abgaben für den größten Teil der Bevölkerung nicht erhöht.

Wenn, wie Aly durchgängig argumentiert und dies auch detailreich belegt, das Bündel aus sozialen Wohltaten die Loyalität der Bürger des „Dritten Reiches“ erkaufte, wenn „Otto Normalverbraucher“ von Raubkrieg und Judenverfolgung profitierte, dann stellt sich sofort die Frage, ob die ad acta gelegte These von der Kollektivschuld nicht erneut überprüft werden muss. Götz Aly übrigens entzieht sich der Beantwortung dieser Frage elegant. Es sei nicht die Aufgabe seiner Arbeit gewesen Individualschuld oder Kollektivschuld zu untersuchen, sondern auf die kontinuierliche sozialpolitische Bestechung und die vielen Vorteile für Millionen Deutsche (und Österreicher) hinzuweisen.

Es ist ein provokantes Buch, dessen Autor verlangt, sich eine andere Perspektive auf die organisierte Massenvernichtung der Juden und anderer so genannter Minderwertiger anzueignen. „Der Holocaust“, so Götz Aly, der als Gastprofessor an der Universität Frankfurt lehrt, „bleibt unverstanden, sofern er nicht als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert wird.“ ■

Zur Person:

Michael Kerbler leitet die Sendereihe „Im Gespräch“ des ORF-Radioprogramms Ö1.

Götz Aly: „Hitlers Volksstaat“, Frankfurt/Main 2005, S. Fischer Verlag, ISBN 3-10-000420-5, Preis: 22,90 Euro

»Wer außer Landes geht – und das bedeutet auch, wer deportiert wird, wer in die Vernichtungslager verbracht wird –, dessen Vermögen verfällt an das Deutsche Reich.«

„Die so genannte Judenbuße nach dem Pogrom von 1938 im Ausmaß von einer Milliarde Reichsmark – das waren 6,5 Prozent der jährlichen Haushaltseinnahmen – ist den deutschen und österreichischen Juden abgepresst worden, als in der Reichskasse das Bargeld fehlte, um die Rechnungen des nächsten Morgens zu bezahlen. Der Reichsfinanzminister ist zu den privaten Banken gegangen und hat gesagt, diese Milliarde Reichsmark bekomme ich im Lauf des nächsten Jahres, das Gesetz ist bereits fertig formuliert. Bitte finanziert mir diese Milliarde vor.“

Die „Verstaatlichung“ jüdischen Vermögens

„Man muss eigentlich“, argumentiert der deutsche Historiker, „von der Verstaatlichung des Judeigentums sprechen, die im Jahr 1938 stattgefunden hat. Natürlich bringt der so genannte Anschluss Österreichs einen starken Push in die ganze Angelegenheit. Denn die Wiener Erfahrung, die Experimente, wie man die Juden dort rasch und effizient enteignen kann, und wie man sie dazu bringt, möglichst ohne Mittel das Land zu verlassen, radikalisiert die

deutsche Politik. Wie übrigens jeder Expansionsschritt später die antijüdische Politik, aber auch die Politik insgesamt radikalisiert. In dieser Phase – genau im April 1938 – beschließt Hermann Göring mittels Vierjahresplan, dass das Vermögen der Juden in deutsche Zwangsanleihen, also in Kriegsanleihen, umzuwandeln ist. Warum? Weil der Kreditrahmen erschöpft war, aber auch weil diejenigen im Dritten Reich, die über Kapital verfügten, nicht bereit waren, ihr Geld in diese Reichsschatzscheine zu investieren. Das Vertrauen der Bourgeoisie in dieses Regime war geschwunden. In dieser Situation müssen die Juden ihr Vermögen offen legen und melden, das sind nicht weniger als sieben Milliarden Reichsmark – das entspricht heute einem Betrag von 70 bis 80 Milliarden Euro – und dieses Vermögen muss in Reichsanleihen angelegt werden. Die Juden, die dazu gezwungen werden, dürfen von den Zinserträgen, die diese Finanzanlage erbringt, leben. Was aber geschieht im Krieg, was geschieht im Deportationsfall, was, wenn Juden die Flucht gelingt? Im November 1941 kommt die elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz heraus, die nichts

Versunkene Welt

Das jüdische East End Londons ist vergangen –
der Antisemitismus ist geblieben.

VON AXEL REISERER, LONDON



Vom jüdischen East End Londons gibt es nur mehr Spuren. Von einst 150 Synagogen sind ganze vier übrig geblieben, die meisten sind heute Moscheen, von deren Minaretten der Muezzin die Gläubigen zum Gebet ruft. 100.000 Juden lebten früher in dem legendenumwobenen Stadtteil, der sich vom östlichen Rand der reichen Londoner City bis an die Themse im Süden und den bettelarmen Bezirk Hackney im Norden erstreckt. Heute sind es nur mehr einige wenige.

Die meisten jüdischen Einwanderer flüchteten Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor antisemitischen Pogromen aus ihren osteuropäischen Heimatstaaten nach London. Im East End konnten sie sich niederlassen. Der Bezirk hatte schon damals eine lange Tradition als erstes Auffanggebiet für Flüchtlinge. Hugenotten, Deutsche, Iren waren vor den osteuropäischen Juden hier, „im Herzen der Finsternis“ (Jack London), untergekommen.

Im East End waren seit je all jene Betriebe untergebracht, die in den feineren Gegenden der Stadt unerwünscht waren, von Schlachthäusern bis zu Gerbereien. Wichtigster Arbeitgeber aber waren bis Anfang des 20. Jahrhunderts

die Docks, wo beim Kampf um Arbeit bei der Entladung der großen Frachtschiffe Zustände herrschten, wie sie Charles Dickens beschrieb.

Die Lebensbedingungen waren elend und änderten sich seit der Zeit der Vertreibung der Hugenotten nach der Bartholomäusnacht 1572 bis zur Ankunft der osteuropäischen Juden 300 Jahre später kaum. „Ich fand viele Bewohner in solcher Armut, dass man es sich nicht vorstellen kann, wenn man es nicht gesehen hat“, berichtete John Wesley, der Begründer der Heilsarmee, im Jahr 1777 von einem Besuch im East End. Nie gab es genug Arbeit für den nicht versiegenden Strom neuer Zuwanderer. Ein schrecklicher Überlebenskampf zog tiefe Furchen durch das East End.

Als Juden in großer Zahl ins East End kamen, war das Gebiet gezeichnet von Armut, Kriminalität, Prostitution und Verfall in jeglicher Hinsicht. Hier beging Jack the Ripper seine Morde; hier wurde der Elephant Man (berühmt durch das gleichnamige Theaterstück und den Film mit William Hurt in der Hauptrolle) dem Mob zur Ergötzung vorgeführt.

Hier kam es aber auch zur ersten Begegnung zwischen Stalin und Trotzki,

die beide 1907 in der Fieldgate Street dem 5. Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (der Vorläuferpartei der Bolschewiki) als Delegierte beiwohnten, einem Parteitag, bei dem der Legende nach mehr zaristische Agenten und britische Gegenagenten anwesend waren als tatsächliche Parteimitglieder. Und hier planten in den 1930er Jahren britische Faschisten den gewaltsamen Aufstand und wurden von Linken und Juden gemeinsam zurückdrängt, wovon sie sich nie mehr erholen sollten.

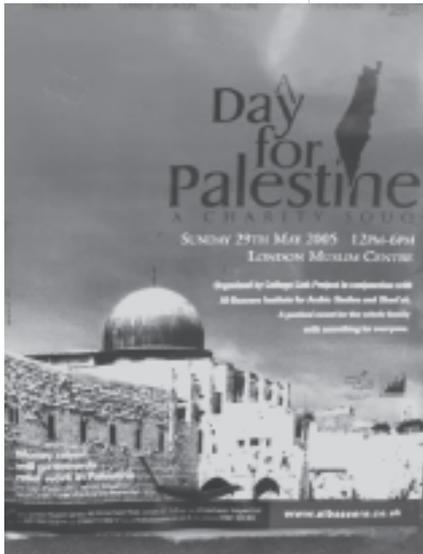
Aufgrund der verheerenden sozialen Lage im East End fiel vorwiegend das Gedankengut des Sozialismus auf fruchtbaren Boden. Immer wieder kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen der verarmten Massen gegen ihre Unterdrücker. 1892 wurde mit dem Schotten Keir Hardie der erste Labour-Abgeordnete der Geschichte ins britische Unterhaus gewählt. Im heurigen Mai schaffte ein anderer Schotte ebenfalls ein historisches Wahlergebnis: George Gallo way, 2003 wegen seiner Haltung zum Irak-Krieg aus der Labour Party ausgeschlossen, jagte der Regierungspartei einen bisher als praktisch uneinnehmbar betrachteten Parlamentssitz ab.



FOTOS: © AXEL REISER

Aktuelle Ansichten aus dem East End: viel jüdische Vergangenheit, heute ist der Islam allgegenwärtig

»Heute stellen Einwanderer aus Bangladesch und Pakistan die Mehrheit im East End.«



Wo die Sympathien liegen

»Wir sind antizionistisch, nicht antisemitisch. Wir wollen ein gemeinsames, demokratisches, freies Palästina für alle.«

Seine Kampagne hatte Galloway fast ausschließlich auf den Ärger der britischen Moslems über den Krieg gegen den Irak und verschiedene Begleitererscheinungen abgestellt. Heute nämlich stellen Einwanderer aus Bangladesch und Pakistan die Mehrheit im East End und prägen den Stadtteil nach ihrem Bild. Im niemals stillstehenden Menschenkarussell Londons sind die osteuropäischen Juden, sobald sie es sich leisten konnten, längst weitergezogen. Heute leben die Nachfahren der einst bettelarmen osteuropäischen Einwanderer fast alle im Norden Londons.

Der permanente Personentransfer (und die Hoffnung, dabei weiter oben zu landen als man begonnen hat) ist eines der bedeutendsten Merkmale Londons und zugleich einer der Gründe, warum die Metropole weltweit unge-

brochene Anziehungskraft hat. Jene Bangladeschi, die heute in der berühmte Brick Lane ihre omnipräsenten Curry-Häuser betreiben, schicken ihre Kinder bereits auf teure englische Privatschulen, auf dass sie dereinst einen Beruf ergreifen, mit dessen Bezahlung und Prestige sie sich in „besseren Gegenden“ niederlassen können. Und hinter ihnen stehen bereits die nächsten Einwanderer.

Obwohl im heutigen East End kaum mehr Juden leben, spielten sie im vergangenen Wahlkampf hier eine prominente Rolle. Galloway ließ in seinen feurigen Reden vor einem überwiegend moslemischen Publikum keine Gelegenheit aus, dem Staat Israel glatt jede Existenzberechtigung abzuspochen und Israel (gemeinsam mit George Bush und Tony Blair) für (prak-

tisch) alle Krisen im Nahen Osten seit der Landung der Arche Noah verantwortlich zu machen.

Mit der Frage konfrontiert, ob er nicht bewusst mit den antisemitischen Gefühlen seiner Zuhörer spiele, entgegnete Galloway im Gespräch mit NU: „Da spricht Ihr deutsch-österreichisches kollektives schlechtes historisches Gewissen aus Ihnen. Ja, wir lehnen den Staat Israel als imperialistischen Vorposten im Nahen Osten ab. Das hat nichts mit den Juden zu tun. Wir sind antizionistisch, nicht antisemitisch. Wir wollen ein gemeinsames, demokratisches, freies Palästina für alle.“

Sein Publikum sah das freilich keineswegs so differenziert. Als die Labour-Kandidatin Oona King, eine Jüdin und Befürworterin des Irak-Kriegs, im April an einer privaten Gedenkfeier für

»Es ist Zeit, dass wir der jüdischen Herrschaft über alles ein Ende bereiten.«



Wenige Synagogen werden noch als solche genutzt

FOTOS: © AXEL REISERER

Opfer des Zweiten Weltkriegs im East End teilnahm, wurde sie von einer Gruppe moslemischer Jugendlicher gewaltsam attackiert und antisemitisch beschimpft. Im Publikum Galloways fanden sich zudem keineswegs nur durch Zorn und Enttäuschung über die mutmaßliche Diskriminierung und Demütigung der Moslems durch Irak-Krieg, Anti-Terror-Gesetze etc. fanatisierte Glaubensanhänger.

Ian, ein 52-jähriger Gemeindebeamter, will erst gar nicht sprechen. Dann erklärt er, dass er und seine Familie ihr Leben lang Labour gewählt hätten. Damit sei es aber nun vorbei. Warum? Ian spricht über den Krieg, Sozialabbau, verfallene Wohn- und Infrastruktur im East End und – schließlich: „Es ist Zeit, dass wir der jüdischen Herrschaft über alles ein Ende bereiten.“

Am Buchstand, den der „Socialist Bookshop“ am Eingang der Halle aufgebaut hat, könnte Ian „ideologisches“ Unterfutter für seine Aussage finden. Eine beachtliche Anzahl der feilgebotenen Werke handelt davon, das Existenzrecht des Staates Israel zu bestreiten und/oder Theorien über jüdische Weltverschwörungen darzulegen.

Unter sehr vielen Menschen im East End fanden Galloway und seine Mitstreiter, deren Partei sich ausgerechnet „Respect“ nennt, damit im vergangenen Wahlkampf breite Zustimmung. Vom Friseur bis zum Taxilenker ernteten sie ein wohlwollendes „Endlich einer, der sich traut“-Nicken. Die Behauptung „Wir sind antizionistisch, nicht antisemitisch“ ist zum „Man wird doch noch sagen dürfen ...“ unserer Tage geworden.

Das Londoner East End aber wird auch einen Parlamentsabgeordneten Galloway überstehen. Immer noch gehört der Bezirk zu den ärmsten der Stadt. Verkommene Gemeindebauten, verfallene Fabriksgelände, verrotete Straßen prägen in weiten Teilen das Bild. Doch zugleich drängt das Geld der benachbarten City unaufhaltsam in die Region. Immer mehr Menschen mit hohem Einkommen, die aufgrund des miserablen innerstädtischen Verkehrs in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen wollen, lassen sich hier nieder.

Ein Rayon nach dem anderen blüht auf. Alte Fabriken werden zu fantastischen Wohnhausanlagen umgestaltet, Galerien, Restaurants, Bars breiten sich aus. Am Hoxton Square, wo man sich vor 15 Jahren als Fremder nicht ohne Schutz hinwagen konnte, residiert heute Jamie Oliver. Auf einen Tisch wartet man 12 bis 18 Monate.

»Hauptaufgabe der jüdischen Gemeinde heute: Betreuung der Alten und Kranken.«

Auch das jüdische Leben im East End besteht weiter. „Wir sind immer noch eine lebendige Gemeinde“, sagte Mark Howard von der Synagoge in der Sandy’s Row unmittelbar an der Grenze zur City. „Wenn unsere Hauptaufgabe auch die Betreuung der Alten und Kranken geworden ist, so finden wir doch immer wieder Menschen, die neu zu uns stoßen.“

Nicht weit von der Synagoge, in Brick Lane, befindet sich eine Institution des Londoner jüdischen Lebens, die heute so aktiv und lebendig ist wie zu jener Zeit, als das East End noch jüdisch war: „Beigel Bake“ ist die älteste und beste Londoner Bagel-Bäckerei und hat 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag geöffnet. Und wer dort nach langem, langem Anstellen (Art. 1 des ungeschriebenen britischen Grundgesetzes: In der Schlange sind alle Menschen gleich, ungeachtet Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder politischer Überzeugung) schließlich ein Salt Beef Beigel (mit reichlich English Mustard) verzehren darf, versteht, dass das jüdische London bleiben wird. ■

350 Jahre Juden in Amerika – Erfolgsstory und Mahnung

Seit 350 Jahren leben Juden in Amerika. Philipp Steger hat sich für NU angesehen, wie dieses Jubiläum in der Öffentlichkeit begangen wird. Fazit: Die Schattenseiten werden weitgehend ausgeblendet.

Eingezwängt in schwitzende Menschenmassen wartete ich unlängst an einem ungewöhnlich warmen Maitag in der Union Station, Washingtons Hauptbahnhof, auf den Zug nach New York. Hitze und Nervosität trieben mir den Schweiß ins Gesicht. Nervosität angesichts der Ungewissheit, ob bei dieser auf das bevorstehende verlängerte Wochenende zurückzuführenden Unzahl an Reisenden wohl auch für mich ein Sitzplatz abfallen würde oder ob ich die unvorstellbar lange Zeit von dreieinhalb Stunden am Gang stehen würde müssen.

Wie viele Menschen neige auch ich dazu, in existenziellen Situationen wie dieser über den tieferen Sinn des Lebens zu sinnieren. Also sinnierte ich über den Anlass meiner zur Unzeit angesetzten Exkursion ins ferne New York City: die Ankunft der ersten Juden in Amerika. Wie mochten sich wohl jene 23 Juden gefühlt haben, die vor 350 Jahren nach einer langen und entbehrungsreichen Reise im September 1654 in New Amsterdam ankamen und feststellen mussten, dass sie nicht willkommen waren?

Recife, die letzte noch unter niederländischer Herrschaft stehende Enklave Brasiliens, war in jenem Jahr an die Portugiesen gefallen, was für die rund 5.000

dort lebenden Juden das Ende einer friedvollen und ungestörten Koexistenz bedeutete. Diejenigen, denen noch rechtzeitig die Flucht vor den Portugiesen und der Inquisition gelang, fanden den Weg zurück in die Niederlande. Dorthin waren auch die erwähnten 23 Juden unterwegs gewesen, als sie in der Nähe von Jamaika einem unter spanischer Flagge segelnden Piraten in die Hände fielen. Mit Mühe und Not überzeugten die nach dem Zusammentreffen mit den Piraten vermögenslosen Passagiere ihren Kapitän, sie zumindest bis nach New Amsterdam zu bringen. Dort angekommen, hatten sie zuerst viel Unglück und dann ein wenig Glück.

Ihr Unglück war Peter Stuyvesant, der offizielle Vertreter der Dutch West India Company in New Amsterdam und somit Inhaber höchster staatlicher Gewalt in der Kolonie. Stuyvesant ordnete eine Zwangsversteigerung der den Flüchtlingen noch verbliebenen Habseligkeiten an und ließ zwei der Juden einsperren, als der Erlös der Auktion zur Befriedigung der Forderungen des Kapitäns nicht ausreichte. Anschließend wollte Stuyvesant, dem alle Nicht-Calvinisten und besonders Juden ein Dorn im Auge waren, den gerade erst Ange-

kommenen das Aufenthaltsrecht verweigern und sie ausweisen.

Aber, wie gesagt, die Neuankömmlinge hatten Glück im Unglück, denn in den protestantischen Niederlanden waren nicht alle vom Schlag des Herrn Stuyvesant. Von der Konzernzentrale kam der Befehl, die Juden in New Amsterdam aufzunehmen. Aber Stuyvesant gab sich nicht geschlagen und drangsalierte die Juden, wo er nur konnte. Alle bis auf einen gewissen Asser Levy warfen das Handtuch, bis schließlich Levy der einzige noch in New Amsterdam verbliebene Jude war, als die Engländer 1664 Peter Stuyvesant zur Übergabe der Kolonie zwangen und – in einem Moment besonderer Einfallslosigkeit – New Amsterdam in New York umtaufen. Aber das ist schon eine andere Geschichte.

Den Anfängen und Höhepunkten der Geschichte der Juden in Amerika widmen sich nun drei neue Ausstellungen in New York. Zwei davon sind im Center for Jewish History zu sehen, die Ausstellung „Greetings from Home: 350 years of American Jewish life“ und die vom Leo Baeck Institut organisierte Schau „Starting over: The Experience of German Jews in America, 1830–1945“.



FOTO: © LEO BAECKINSTITUT

Jüdische Professoren an der New School of Social Research in NYC, an der sehr viele, sehr prominente Flüchtlinge unterkamen, unter ihnen auch Hannah Arendt

»Wie mochten sich wohl jene 23 Juden gefühlt haben, die vor 350 Jahren nach einer langen und entbehrungsreichen Reise im September 1654 in New Amsterdam ankamen und feststellen mussten, dass sie nicht willkommen waren?«



Emigranten an der New School University, 1940

Die dritte Ausstellung, „Tolerance and Identity: Jews in Early New York“, läuft im City Museum. Die Rückschläge und Schattenseiten jüdischer Geschichte in den USA sparen die drei Ausstellungen jedoch weitestgehend aus, was nicht erstaunlich ist, wird die 350-jährige Geschichte im seit September des Vorjahrs währenden Gedenkjahr vor allem gefeiert und in einem positiven Licht betrachtet.

Soweit, mir darüber Gedanken zu machen, war ich aber noch gar nicht, als ich unlängst in Washington auf den Zug nach New York wartete. Des Spekulierens über die Befindlichkeit der in New Amsterdam angekommenen Juden überdrüssig geworden, weil es mir meine bevorstehende Reise in einem überfüllten Zug um nichts angenehmer erschienen ließ, widmete ich mich dem Studium meiner Mitreisenden. Sie boten ein erfreuliches, beruhigendes Bild: ethnisch heterogen, aber doch irgendwie alle sehr ähnlich und vertraut. Das mag

an der Uniformität moderner Accessoires liegen: die weißen Kopfhörer des schon längst nicht mehr coolen iPods; die ununterbrochen klingelnden Mobiltelefone; das auf Pappbechern allgegenwärtige Markenzeichen von Starbucks, eine Meerjungfrau, deren Brüste beim Eintritt in den Massenmarkt vorsichtshalber verdeckt wurden; und die Wasserflaschen, die jeder sich in der Öffentlichkeit über größere Distanzen bewegend Amerikaner mit sich führt – man weiß ja nie, wann das nächste Wasserloch kommt. Es war das vertraute Bild einer zufriedenen, wenn auch immer ein wenig gestressten amerikanischen Mittelklasse mit erstaunlich gleichgeschalteten Konsumbedürfnissen.

In diesem Bild fehlten natürlich jene, die das alles möglich machen, indem sie zum stündlichen Mindestlohn von US \$ 5,50 an der Erfüllung des amerikanischen Traums, dem uneingeschränkten Zutritt zum Konsumparadies, arbeiten. Das sind vor allem die legalen und ille-

galen Immigranten. Sie sind allgegenwärtig in den Küchen der Restaurants, in den Putztrupps der Hotels, auf den Feldern der großen Farmen, und vor allem in den Gärten der Vorstädte, wo sie das machen, wozu die gestresste Mittelklasse keine Zeit mehr hat: kaum benützte Gärten zu pflegen. Dabei dürfen sie sich zu den Glücklichen zählen. Hier sind sie zwar ganz unten, aber im Unterschied zu Tausenden anderen, die es ihnen nachmachen wollen, sind sie wenigstens schon angekommen im „Gelobten Land“.

Das Gelobte Land! So nannte Mordechai Noah, einer der prominentesten amerikanischen Juden des frühen 19. Jahrhunderts, die USA, und gründete dennoch eine jüdische Kolonie, Ararat, in Buffalo, wo aber keiner hinwollte, weil man es in den vorhandenen amerikanischen Städten ganz gut aushalten konnte. Beim Besuch der drei New Yorker Ausstellungen kann man leicht den Eindruck gewinnen, dass die jüdischen



»Kaum ist hier die Rede vom Antisemitismus, der den Juden auch in Amerika begegnete.«

Immigranten die Hemdsärmel hochkrepelten, sich ins Zeug warfen, einander unterstützten und schließlich den Erfolg erwirtschafteten, der ja unter diesen Bedingungen gar nicht ausbleiben konnte. Kaum ist hier die Rede vom Antisemitismus, der den Juden auch in Amerika begegnete, oder von jenen, die außerhalb der jüdischen Gemeinschaft das ihre taten, um die allorts massiven Widerstände gegen weitere Immigranten zu überwinden, wie etwa der in den Ausstellungen zu kurz kommende Asser Levy. Levy nahm die von Stuyvesant verordneten Beschränkungen nicht hin, sondern wehrte sich dagegen. So erreichte er beispielsweise nach zweijähriger Auseinandersetzung die Aufhebung einer Verordnung, wonach die neu eingewanderten Juden nicht an der Bewachung und Verteidigung der Stadt teilnehmen durften, aber eine hohe Sondersteuer für den nicht verrichteten Bewachungsdienst entrichten mussten. Aber selbst Levys Hartnäckigkeit hätte

nicht viel auszurichten vermocht, wären im Stadtrat nicht Leute mit einem Sinn für Gerechtigkeit gesessen.

Die Komplexität der Erfolgsgeschichte der Juden in Amerika ist von großer Relevanz, denn obwohl sich, seitdem die ersten Juden in New Amsterdam landeten, viel gewandelt hat in der Welt, ist einiges unverändert. Da gibt es immer noch die, denen die Welt offen steht, und jene, für die die Grenzen so geschlossen sind wie eh und je. Während die einen immer heftiger an die Türen klopfen und Einlass begehren, verschanzen sich die anderen hinter immer dickeren Mauern. Und der besondere Zynismus der Festungsmentalität kommentiert die wachsende Flut an Flüchtlingen und Heimatlosen damit, dass die meisten ja ohnehin „nur“ wirtschaftliche Flüchtlinge seien.

Und so konnte es beispielsweise geschehen, dass in der gnadenlosen Hitze der Wüste Arizonas in den vergangenen acht Monaten 72 Männer, Frauen

und Kinder beim Versuch, illegal in die USA zu gelangen, ums Leben kamen. Zugegebenermaßen viele von ihnen, weil sie von skrupellosen Schleppern mitten in der Wüste im Stich gelassen wurden. Dass es aber überhaupt so weit kam, liegt an den so genannten, erst vor kurzem von Governor Arnold Schwarzenegger gelobten „Minutemen“, selbsternannten Hilfssheriffs, die Teile der gemeinsamen Grenze mit Mexiko kontrollieren und die Flüchtlinge auf immer gefährlichere Ausweichrouten durch die Wüste zwingen.

Selbst im autokratisch regierten New Amsterdam Stuyvesants fanden sich einige wenige, die der moralischen Gleichgültigkeit ihrer Mitbürger eine Absage erteilten, das Unrecht bekämpften und dadurch die Fundamente für eine der beeindruckendsten Erfolgsgeschichten der Menschengeschichte legten. Um wie viel mehr solcher Bürgerinnen und Bürger müsste es in den demokratisch regierten Ländern dieser Erde geben? ■

Kitsch zum Schmunzeln

Jüdisch zu leben drückt sich auch in einer Vielzahl typisch jüdischer Gebrauchsgegenstände aus. Abseits rein religiöser Objekte hat sich hier auch ein weites Feld für Kitsch aufgetan. Das Jüdische Museum in Hohenems stellt diesen Kitsch derzeit mit einem Augenzwinkern vor.

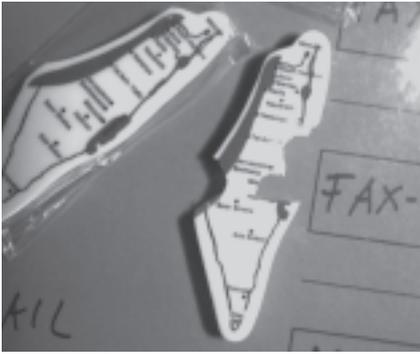
VON ALEXIA WEISS



„I may be blonde but I'm Jewish“, ist auf einem knappen Tanktop, getragen von einer weiblichen Schaufensterpuppe, zu lesen. Puppenkollegen aus Plüsch tragen Kippa, ein Paket Golfbälle zielt die Aufschrift „Mazel Tov Golf Ball Set“. Hanno Loewy, Leiter des Museums in Hohenems, hat das Programm seines Hauses dieses Jahr unter das Motto „Sammler, Dinge, Obsessionen“ gestellt.

Und für seine Kitsch-Schau hat er sich einschlägige Unterstützung geholt: Michael Wuliger, der seit vier Jahren jede Woche in der Jüdischen Allgemeinen Zeitung seinen „Shlock Shop“ präsentiert, jüdischen Kitsch aus dem Internet und aus Duty Free Shops am Flughafen, aus Andenkenläden und Supermärkten. Gemeinsam sind Loewy und Wuliger einen „ironischen Streifzug durch die bunte Welt des schönen Seins, auf der Suche nach Gott und Identität“ angetreten.

„Jüdische Objekte“, ob als Souvenir in Israel, in einem ehemaligen Ghetto wie jenem in Venedig oder im Internet erstanden, „versprechen Identitäten in der Diaspora, in der Zerstreuung des jüdischen Lebens in der Welt, an der auch die Existenz eines jüdi-



»Jüdische Objekte versprechen Identitäten in der Diaspora, in der Zerstreuung des jüdischen Lebens in der Welt ...«

schen Staates nichts geändert hat“, so Loewy. „Kitsch ist ein Versprechen auf Glück, das zwar nicht eingelöst wird, aber die Hoffnung darauf repräsentiert. Der Kitsch der Diaspora ist so ein Versprechen: eine Beziehung zu einem Ort, an dem man nicht ist, aber dessen Gegenwart überall zu spüren ist.“

Für welches Kitschobjekt man sich entscheidet, hängt dann jeweils von der eigenen Beziehung zu Religion, der eigenen Identität ab: Den Orthodoxen mag der verspielte Seder-Teller ansprechen oder der Channukah-Leuchter, der eine Einwandererfamilie in Ellis Island zeigt. Andere Objekte sind wesentlich frecher: das koschere Hundefutter beispielsweise oder die Action-Figur „Moses“ mit den zehn Geboten im Arm. ■



„Jüdischer Kitsch und andere heimliche Leidenschaften“

Ausstellung im Jüdischen Museum in Hohenems
Schweizer Straße 5, 6845 Hohenems
Tel.: 05576/739 89-0

Bis 8. Oktober 2005
www.jm-hohenems.at



Soma Morgenstern – Eine Wiederentdeckung



Der Chronist der jüdischen Zerrissenheit zwischen chassidischen Wurzeln und intellektuellem Stadtleben im beginnenden 20. Jahrhundert blieb viele Jahre unentdeckt.

EIN BERICHT VON RAPHAELA KITZMANTEL

Robert Musil, Stefan Zweig, Hermann Hesse und Joseph Roth – sie alle zollten einem heute weitgehend unbekanntem Dichter höchste Anerkennung: Soma Morgenstern. Seine Werke umfassen „alles Gute gesegneter Kunst“, meinte etwa Stefan Zweig, und Hermann Hesse sah einen Roman Morgensterns als so gelungen an, dass ihn auch „die großen russischen Erzähler und die Lagerlöf nicht besser“ hätten schreiben können. Nach Robert Musil sind Morgensterns Werke gar einem „geistvollen und dem Geiste dienenden neuen Dichter zu verdanken“. Und dennoch machte sich erst seit 1994 ein kleiner Lüneburger Verlag die eigentliche Wiederentdeckung dieses Autors zur Aufgabe. Wer also war Soma Morgenstern?

1890 im damaligen österreichischen Kronland Galizien und Lodomerien geboren, lernt er von klein auf Polnisch und Ukrainisch, im Cheder dann Hebräisch, und zu Hause spricht die Familie Jiddisch. In der Mittelschule folgt der Unterricht in Englisch, Französisch, Griechisch und Latein. Ein wahrer Europäer wird geboren. So ist es auch kein Wunder, dass es Morgenstern nach bestandener Matura zum Studium nach Wien zieht, in das Zentrum der multi-kulturellen Donaumonarchie. Erst nach dem Ersten Weltkrieg, in dem er als Freiwilliger kämpft, kann er das Jus-Studium beenden, um dann „endlich und ausschließlich wenigstens eine Probezeit das zu tun, was ich zeit meines Le-

bens zu tun gedachte: schreiben, schreiben, schreiben.“ Nach einigen erfolglosen Versuchen kann er diesen Wunsch als Wiener Kulturkorrespondent der Frankfurter Zeitung schließlich verwirklichen, auch wenn diese Tätigkeit den Dichter auf literarischem Gebiet nicht befriedigt. Die erste Buchveröffentlichung steht ebenfalls unter keinem guten Stern, denn das 1935 bei Erich Reiss veröffentlichte Buch durfte in Nazi-Deutschland „nur an Juden“ verkauft werden und findet nicht den erwünschten Absatz. Robert Musil immerhin bemerkt darüber: „Wenn Sie jetzt sterben, gehören diese hundert Seiten schon zur Weltliteratur.“

Auf die berufliche Enttäuschung folgen dramatische Wendungen in Morgensterns Lebensweg: 1938 Flucht vor den Nazis nach Paris, 1939 Verlust des geliebten Freundes aus Kindertagen, Joseph Roth, zu dessen Entourage Morgenstern im Pariser Exil gezählt hatte. 1940 wird Morgenstern auf der Straße verhaftet und in verschiedenen französischen Lagern interniert. 1941 kann er sich nach New York retten, wo er 1976 weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit stirbt.

Ingolf Schulte, der Herausgeber der Morgenstern-Gesamtausgabe, der zufällig auf den Feuilletonisten Morgenstern in der Frankfurter Zeitung der Zwischenkriegszeit stieß, verschrieb der Aufarbeitung von Morgensterns Nachlass, der Zusammenstellung der teilwei-

se bruchstückhaften Werke und ihrer peniblen Edierung mehrere Jahre. Nun liegen elf Bände Morgensterns vor. Das Hauptwerk, die Romantrilogie „Funken im Abgrund“, handelt vom inneren Konflikt des im Westen assimilierten Juden, der in die galizische Heimat seines Vaters zurückkehrt. Morgensterns Biografien über seine Freunde Joseph Roth und Alban Berg gehören zu den aufschlussreichsten und amüsantesten Quellen zu diesen beiden herausragenden Persönlichkeiten. Seine Feuilletons geben Aufschluss über das blühende Wiener Kulturleben der Zwischenkriegszeit aus der Sicht eines „Insiders“. Und die „Blutsäule“ über die jüdische Katastrophe des 20. Jahrhunderts beendet die jahrelange Schreibblockade, die ihn nach der Shoah und dem Verlust vieler naher Verwandter befallen hatte. Das alles macht Morgenstern zu einem Autor, „der seinen Platz in der unmittelbaren Gefolgschaft von Joseph Roth wird beanspruchen dürfen“ (Wendelin Schmidt-Dengler) und sein Werk zu einem unverzichtbaren Beitrag zur österreichisch-jüdischen Kulturgeschichte. ■

Literatur:

*Werkausgabe Soma Morgenstern
in 11 Bänden*

*Verlag zu Klampen, Lüneburg 1994 – 2001
Raphaela Kitzmantel: Eine Überfülle an
Gegenwart, Biografie
Czernin Verlag, Wien 2005*

Rätselhaftes in Jiddisch ...

... und anderen Sprachen

VON MICHAELA SPIEGEL

1	●	2	3	4	5		6	7	●
8	9					●	10		11
12				●	●	13			
14				●	15				
	●		●	16		●	17		
18	19					20			●
21			●	22				●	●
23			24			●		●	25
26						●	27	28	
29			●	30					
31			32			●	●	33	
34				●	35	36			
●	37			38			●		●
●	●		●	39					

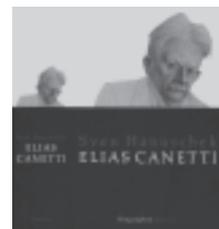
WAAGRECHT

2. Edelsteingläzen
8. Flüssigform asiatischer Währung; schöner, gebildeter Mensch
10. Lateinisches Lüftchen
12. Männl. Vorname
13. Kein Goi
14. Trains run on ...
15. Geografisch-rechtliche Gebietsbezeichnung
16. Kurzer Sportclub
17. Short lecture notes in informatics
18. Vergisst du es bei 2 senkrecht?
21. Lieber -lig als -ser
22. Lateinisch im Bund mit hinc und hunc
23. Durcheinander geratenes nördliches Meer
26. Ohne „bar“ lässt sich das Fest schlecht ausrichten
27. Vorerst, Lebensgemeinschaft
29. Kleinteil für Großverlautbarung, hier fehlen ihm ein i und ein r
30. Paul aus Holywood wurde Lebensmittelproduzent
31. Gödel, wer und Bach?
33. Doppelmitlaut
34. Nicht franz. Sprudelwein
35. Adornos Kosevornamenform
37. Lauf' er, der ehemalige österr. Präsident
39. Darf man zumindest nicht sich selbst sein

SENKRECHT

1. Wörtlich hoch und doch ein Diener
2. Der spielt, wenn er nicht arbeitet
3. Alphabetische Buchstabenfolge
4. Franz. Verneinung
5. Small key note
6. Zwei zusammengezogene Abwehrwörtchen
7. Handelswert der Braut?
9. Weibl. Vorname
11. Der lateinische Weg ist hier das aufsteigende Ziel
13. Hier ohne Selbstlaut, aber noch immer flotter als ein Airbus
15. Vergangene Mehrzahlform-Alternative für 28 senkrecht
16. 14 waagrecht zu Deutsch
19. Sehr durcheinander, aber alles, was du brauchst, um dich zu verhüllen
20. Kleinste Nationalbibliothek von unten
24. Short business week
25. Bernstein und Kravitz haben ihn gemein
28. Tu's!
32. Short health television network
36. Von unten kommen ital. drei
38. Du hast es vor dir

Über eine Biografie Canettis



Elias Canetti hat seinen Biografen gefunden. Wenn auch nur seinen vorläufigen, sind doch wichtige Teile des Nachlasses immer noch gesperrt. Die umfangreiche Biografie von Sven Hanschek erschien zum frühestmöglichen Zeitpunkt, denn Canetti verfügte 1994, in seinem Sterbejahr, dass in den ersten zehn Jahren nach seinem Tod keine Biografie erscheinen dürfe.

VON EVELYN ADUNKA

Hanschek ist sich bewusst, dass Canetti, der alles kontrollieren wollte und einen früheren biografischen Versuch verhindert hat, sein Buch nicht beeinflussen konnte: „Canetti hat mich nicht gewählt. Er hat einige Anstrengungen unternommen, gar nicht zum Thema einer Biografie gewählt zu werden.“

Hanschek konnte vor allem auf die seit Sommer 2002 zugänglichen 130 Schachteln des Nachlasses, die zusammen mit Canettis 20.000 Bände umfassender Bibliothek in der Zürcher Zentralbibliothek aufbewahrt werden, zurückgreifen. Weitere 20 Schachteln sind bis Sommer 2024 gesperrt. Daher Hanscheks Anmerkung: „Elias Canettis Lebensgeschichte enthält weiterhin eine Fülle von Geheimnissen, die mit diesem Buch offen gelassen, zum Teil auch erst als Geheimnisse sichtbar werden.“

Der Autor hat ein sensibles und überzeugendes Buch geschrieben. Er hat an den vielen Lebensorten Canettis – Rustschuk, Manchester, Wien, Zürich, Frankfurt, Berlin, London – recherchiert und konnte auch auf wichtige Dokumente und Korrespondenzen aus dem Besitz Georg Canettis – des Bruders des Schriftstellers – zurückgreifen. Neben einer Interpretation von Canettis Werken hat er auch dessen intellektuelle Freundschaften analysiert, wobei die Passagen über Gershom Scholem am gelungensten sind. Sie erinnern an Canettis Bücher in Fania Scholems Wohnung; sie blieben

dort noch bis zu ihrem Tod, während sich die meisten anderen Bücher der Bibliothek Scholems bereits in ihrem neuen Zuhause in der „Scholem Library“ in eigenen Räumen in der Hebräischen National- und Universitätsbibliothek befanden.

Canetti war zwar nie in Israel – Scholem versuchte ihn zu einem Besuch zu überreden –, aber er weigerte sich, „solange es keinen Frieden zwischen Juden und Palästinensern gibt.“ Aber mit dem großen israelischen Gelehrten Scholem verband ihn eine intensive Beziehung. Canetti warf Scholem die „Verblendung“ vor, „mit der er alles liest, was sich auf die Haltung von Menschen zu ihrem Judentum bezieht“. Scholem dagegen respektierte Canetti auch wegen seines Großonkels, „der eine sechsbändige Geschichte der Juden auf dem Balkan geschrieben hat“.

Hanschek verschwieg aber auch nicht Canettis polygame und prägende Beziehungen zu den Frauen seines Lebens – Veza Canetti, die Malerin Marie-Louise von Motesiczky, die aus der berühmten Familie Todesco und Lieben stammt, die Schriftstellerin Friedl Benedikt, die Enkelin Moriz Benedikts, des Herausgebers der „Neuen Freien Presse“, die unter dem Namen Anna Sebastian publizierte, und die Schweizer Restauratorin Hera Buschor, Canettis zweite Frau und die Mutter seiner späten Tochter Johanna – und die aus den

teils parallel laufenden Beziehungen entstandenen Verletzungen. Ebenso würdigte er die eigenwillige und willensstarke Persönlichkeit Veza Canettis und ihr spät entdecktes schriftstellerisches Werk. Ihr Geheimnis, das Fehlen ihres Armes, dessen Gründe nicht bekannt sind, wurde vom Ehepaar Canetti bewahrt, niemals angesprochen und schließlich von Ernst Fischer in dessen Erinnerungen nach dem Tod Veza Canettis enthüllt, was den Bruch zwischen Canetti und Fischer zur Folge hatte.

Was das Buch aber vor allem so lesenswert macht, ist, dass sich Hanschek trotz aller Empathie der Schattenseiten von Canettis Charakter bewusst ist: seiner Eitelkeit, seiner Eifersucht und seiner Depressionen, die ihn die Reinschrift des vierten Bandes seiner Autobiografie vernichten ließen. Auch die Motive für die Vernichtung seiner Korrespondenz mit Veza Canetti bleiben im Dunkeln.

Hanscheks Biografie ist bisher in Wien nicht vorgestellt worden. Aber anlässlich seines 10. Todestags wird das Wiener Jüdische Museum Ende Juli eine bereits in Zürich gezeigte Ausstellung über Canetti übernehmen. ■

Sven Hanschek:

Elias Canetti. Biographie. Hanser Verlag, München 2005, 800 Seiten, Preis 29,90 Euro, ISBN 3-446-20584-5

Massaker in Usbekistan – und Österreich ist empört



FOTO: © PETER RIGAUD

VON
MARTIN
ENGELBERG

In der Stadt Andischan im Osten Usbekistans haben am 13. Mai 2005 schwerbewaffnete Armeekräfte das Feuer gegen Demonstranten eröffnet. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete: „Maschinengewehrsalven und Angstschreie schallen über den zentralen Platz von Andischan, als am Abend ein Kugelhagel auf die Demonstranten in der usbekischen Stadt niedergeht. Soldaten in Panzerwagen, die in hohem Tempo an der Demonstration vorbeifahren, schießen aus Maschinengewehren auf die in Panik flüchtenden Menschen.“ Man geht davon aus, dass hunderte unbewaffnete Zivilisten an diesem Tag den Tod fanden.

Diese und ähnlich lautende Berichte gingen durch alle Medien und lösten in Österreich einen Sturm der Entrüstung aus. Fritz Edlinger, Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabisches Beziehungen, fand wie immer die schärfsten Worte und meinte, „die Welt verurteilt voller Abscheu und Empörung die Verbrechen der usbekischen Armee in Andischan“.

Folgerichtig appellierte Edlinger an die österreichische Regierung und die im Nationalrat vertretenen Parteien, „den österreichischen Botschafter in Usbekistan zur sofortigen Berichterstattung nach Wien zurückzurufen“. Die Regierung solle sich außerdem in der EU und bei den Vereinten Nationen für die sofortige Entsendung interna-

ler Beobachter unter Oberhoheit der UNO einsetzen.

Ulrike Lunacek, außenpolitische Sprecherin der Grünen, lud eine führende Demonstrantin sofort zu den Sommergesprächen der Grünen ein, um einer breiten Öffentlichkeit in Österreich die Möglichkeit zu geben, sich über das Massaker in Andischan zu informieren.

FPÖ-Klubobmann Herbert Scheibner forderte die Bundesregierung auf, den usbekischen Botschafter in Wien ins Außenamt zu zitieren. Da die usbekische Regierung offenbar nicht von ihrer „gegen jede Rechtsstaatlichkeit gerichtete Politik“ abgehen wolle, dürfe man nicht einfach den Blick abwenden und zur Tagesordnung übergehen.

Karl Blecha, Chef des SPÖ-Pensionistenverbandes, appellierte an die internationale Staatengemeinschaft, ihre Anstrengungen wesentlich zu verstärken, Usbekistan von diesem extrem gefährlichen Weg abzubringen. Blecha sprach zudem von einer „usbekischen Tradition“ der Wortbrüche und betonte, dass die Geschehnisse von Andischan die Usbeken als das entlarvt hätten, was sie seien, nämlich „Muster eines Unrechtsstaates“.

Der Wiener Landtagspräsident Johann Hatzl (SPÖ) begründete auf Radio Wien, weshalb er Islam Karimow, den Staatschef von Usbekistan einen Staatsterroristen nannte: „Ein Staatsterrorist

ist einer, der mit der Macht des Staates ... Menschen ... tötet oder verfolgt.“

Peter Pilz fand zwar, dass Hatzl seine Überzeugungen mit der Geradlinigkeit eines Panzers vertrete und dass eine von Hatzls Hauptüberzeugungen – auch im Falle seiner Kritik an Usbekistan – laute: Alles, was dem Machterhalt der SPÖ in Wien nützt, sei gut. Aber auch Pilz verurteilte den Vorfall und forderte die EU auf, eine klare Antwort zu geben: „Nein. Kein Geld, keine politische Unterstützung und kein Verständnis für den Terrorismus des Islam Karimow.“

„Österreich verurteilt nachdrücklich die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt durch die usbekischen Sicherheitskräfte in Andischan. Ich bedauere sehr, dass der exzessive Einsatz von Gewalt durch die usbekischen Sicherheitskräfte vielen Menschen das Leben gekostet hat“, ließ Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) am Rande des Treffens mit den EU-Außenministern verlauten.

Oder waren diese kurzen, einsilbigen, sehr zurückhaltenden – zehn Tage nach dem Massaker – geäußerten Worte der Außenministerin womöglich überhaupt die einzige Reaktion, die in Österreich zu vernehmen war? Nun ja, liebe Leserin, lieber Leser, hier die Auflösung: Alle anderen Statements hat NU aus Reaktionen heimischer Politiker zum Vorgehen Israels im Kampf gegen palästinensische Attentäter entnommen. ■



Dajgezzen und Chochmezzen*

Der Zwickkommentar von Erwin Javor und Peter Menasse

Menasse: Herr Ober, einen Mokka bitte.

Javor: Grüß dich. Mich beschäftigt heute schon den ganzen Tag die Frage, wie der Mossad wohl seine Agenten auswählt?

Menasse: Ich habe keine Ahnung. Was glaubst du denn?

Javor: Wie sich zeigt, muss es ein unauffälliger, verschwiegener, leiser Mensch sein. Also einer, der nie in die Öffentlichkeit drängt. Deswegen nennt man so jemanden ja auch Maulwurf.

Menasse: Ach so, du sprichst von Peter Sichrovsky.

Javor: Genau. Mich erinnert diese seltsame Affäre an einen jüdischen Witz: Mitten in der Nacht klopft es an der Wohnungstür eines Hausbewohners. Von innen fragt der Wohnungsbesitzer: „Wer ist da?“ Daraufhin flüstert der Unbekannte die Parole „Der gelbe Papagei hat grüne Federn bekommen.“ Sagt der Wohnungsinhaber: Hier wohnt der Kulturredakteur Sichrovsky, der Spion Sichrovsky wohnt im zweiten Stock rechts.“

Menasse: Was hat der Sichrovsky in seiner gefährlichen Arbeit als Agent wohl herausgefunden?

Javor: Er hat in geheimer Mission und unter Einsatz aller Spesen entdeckt, dass es in dieser Partei echte Antisemiten gibt.

Menasse: Ich sehe ihn vor mir, wie er das aufgeregt vom FPÖ-Sitzungszimmer aus mit einem Minisender dem Mossad mitteilt.

Javor: Dann hat er auch noch die teuersten Ticketpreise in der Business-class von Wien nach Bagdad recherchiert. Wenn der Karas noch lebte, würde er ehrfurchtsvoll die Zither auspacken.

Menasse: Welche Spione sich wohl noch in diesem BZÖ, dem Bund der zionistischen Österreicher verbergen? Glaubst du, dass Gudenus oder Kampl auch Spione sind?

Javor: Der Kampl scheint mir geeignet, der ist auch so ein ruhiger, intelligenter, zurückhaltender Mensch. Sagt nie was Unüberlegtes, der muss ein Mitglied eines Geheimdienstes sein. Slowenien vielleicht?

Menasse: Beim Gudenus ist es unwahrscheinlich, der würde sich nämlich die Parolen nicht merken können.

Javor: Langsam fragt man sich, welche Eigenschaften man haben muss, um von Wolfgang Schüssel in eine Koalition gebeten zu werden.

Menasse: Wie du schon gesagt hast: Es muss ein unauffälliger, verschwiegener, leiser Mensch sein. Wie man sich eben einen Maulwurf vorstellt. Und ein bisschen biagsam kann auch nicht schaden.

Javor: Im Ausland traut sich wahrscheinlich keiner mehr zu fragen, mit wem er da regiert, weil sonst nennt Schüssel das sofort „Sanktionen“ und ruft die Kronen Zeitung an.

Menasse: Na ja, so läuft es halt in Österreich, wenn gerade Gedankenjahr ist. Wir Österreicher sind immer schon aufgerufen gewesen, die Welt zu unterhalten.

Javor: Herr Ober, jetzt brauche ich einen Kamillentee.

* *dajgezzen: sich auf hohem Niveau Sorgen machen; chochmezzen: alles so verkomplizieren, dass niemand – einschließlich einem selbst – sich mehr auskennt.*

Auf dem richtigen Weg



FOTO: © PRIVAT

VON
ERIC
FREY

Im Februar 2000 stand der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, gemeinsam mit Oppositionspolitikern und kritischen Intellektuellen auf dem Wiener Heldenplatz und attackierte die neue ÖVP-FPÖ-Koalition als „Schande für Österreich.“

KOMMENTAR

Bei mehreren öffentlichen Auftritten warnte er vor einer antisemitischen Gewaltwelle auf den Straßen Wiens und stellte die Zukunft jüdischen Lebens in Österreich in Frage.

Im Mai 2003 ging Muzicant noch weiter: Mit eindringlichen Worten beschwor er den bevorstehenden finanziellen Kollaps der Gemeinde und machte dafür Bundeskanzler Wolfgang Schüssel verantwortlich, weil dieser die Forderungen der IKG nach einer angemessenen NS-Restitution und höheren Subventionen zurückwies. Schüssel, so die Botschaft, betreibe die „Liquidation“ des jüdischen Lebens in Wien – eine Wortwahl mit ganz bewussten historischen Assoziationen.

Doch im Frühjahr 2005 ist alles anders: Muzicant verkündet im ORF, es habe sich in der Einstellung der Österreicher zu den Juden „sehr vieles zum Positiven gewandt“, die IKG und die Regierung verkünden eine Einigung, durch die alle finanziellen Streitigkeiten beendet werden, Nationalratspräsident Andreas Khol spricht vom „schönsten Tag des Jahres“, weil die „schwelenden Unstimmigkeiten mit unseren jüdischen Mitbürgern“ beigelegt worden seien, und Muzicant er-

klärt zufrieden, die Existenz der IKG sei nun finanziell gesichert.

Was ist inzwischen passiert? Hat sich die schwarz-blaue Regierung so grundlegend gewandelt, dass alle Bedenken von damals beiseite geschoben werden können? Hat Wolfgang Schüssel angesichts des internationalen Drucks Muzicants ambitionierte Forderungen erfüllt?

Als einer der wenigen in der Gemeinde, der vor zwei Jahren öffentlich die Kampfansage der IKG an die Regierung als kontraproduktiv und unangemessen kritisiert hat und dafür von dem damals nach Wien geeilten Vizepräsidenten des European Jewish Congress, Michel Friedman, wüst beschimpft worden ist, scheint mir die Antwort klar: Nicht die Republik, sondern die Kultusgemeinde hat sich bewegt. Sie hat das Scheitern der Konfrontationsstrategie eingestanden und den Weg jener stillen Diplomatie eingeschlagen, der ihr schon früher offen gestanden wäre. Das Ergebnis ist finanziell bescheiden – und dennoch die beste aller Möglichkeiten.

Die 18,2 Millionen Euro, mit der sich die IKG nun zufrieden gibt, stellen nur einen Bruchteil ihrer einstigen Forderungen dar. Diese bestanden aus einem zusätzlichen staatlichen Zuschuss von

2,7 Millionen Euro im Jahr und einer Abfindung für die durch den NS-Terror zerstörte Infrastruktur der Vorkriegsgemeinde, deren Wert auf mehrere hundert Millionen Euro geschätzt wurde. Für den jetzt erstrittenen Betrag wären die hysterischen Beschuldigungen von 2003 nicht nötig gewesen.

Zugegeben, die IKG hat sich in einer Prinzipfrage durchgesetzt: Das zusätzliche Geld kommt nicht aus dem Entschädigungsfonds und wird dadurch anderen jüdischen Opfern nicht weggenommen. Aber auch die Regierung hat ein ihr wichtiges Prinzip verteidigt: Die Vereinbarung bewegt sich weiterhin im Rahmen des Washingtoner Abkommens, das Muzicant bisher abgelehnt hat, und erfordert keine zusätzlichen staatlichen Mittel. Beide Seiten konnten ihr Gesicht wahren, weil der von der österreichischen Wirtschaft großzügig dotierte Zwangsarbeiterfonds in einem geringeren Ausmaß als erwartet in Anspruch genommen wurde – ein Ausweg, der sich wohl nicht ganz zufällig eröffnet hat.

Im Gegenzug wird die IKG nun eines ihrer fragwürdigsten taktischen Manöver beenden, nämlich die Unterstützung des „Whiteman“-Verfahrens vor

einem New Yorker Gericht, das der von der Bundesregierung ultimativ geforderten Rechtssicherheit bisher im Wege stand. Was als Druckmittel gegen Schüssel gedacht war, erwies sich immer deutlicher als Bumerang: Der schwarze Peter für die verzögerten Auszahlungen wanderte von der Republik, die aus administrativen Gründen dazu bisher noch gar nicht in der Lage wäre, zur Kultusgemeinde, die so in den Geruch kam, sie nehme Holocaust-Überlebende für ihre eigenen finanziellen Interessen in eine Art von Geiselhaft.

Der moralische Schaden durch die „Whiteman“-Klage war nur eine der Schwachstellen in Muzicants damaligem Schlachtplan. Noch schwerer wog die fehlende internationale Solidarität mit seiner Sache. Die Regierung Schüssel hatte durch das Washingtoner Abkommen in Bezug auf Restitution mehr als ihre Vorgänger getan; das Verständnis für die Obstruktionspolitik der IKG war daher in Washington und anderswo gering. Dass Muzicants prominentester Verbündeter Michel Friedman nur Wochen nach seinen Wiener Auftritten in der „Paolo Pinkel“-Affäre seinen Job und seinen guten Ruf verlor, war ein weiterer Schlag für die IKG. Schüssel, der die Beziehungen mit Muzicant nach dessen politischen Attacken auf Eis legte und den Dialog verweigerte, konnte die Sache in bewährter Manier aussitzen.

Noch billiger als bei der Entschädigung kam der Kanzler in Fragen der politischen Moral weg. Seine Regierung ist trotz der Namensänderung eines Koalitionspartners die gleiche geblieben und hat in ihrer Sensibilität bezüglich jüdischer und NS-bezogener Fragen sogar noch abgebaut. Die skandalösen Ansagen von Siegfried Kampl im Bundesrat können noch als Produkt des eigenartigen Kärntner orange-braunen Biotops abgetan werden, nicht aber die Tatsache, dass es Schüssel in seinen Reden zum „Gedankenjahr“ kaum der Mühe wert befunden hat, auf die Tragödie des österreichischen Judentums einzugehen, sondern alle Opfer des Kriegs gleichsetzte. Aus jüdischer Sicht ist der selbstgefällige Jubiläumskanzler des Jahres 2005 ein deutlicher Rückschritt gegenüber dem um Sympathie bemühten Wendekanzler des Jahres 2000.

Dennoch wurde Muzicant richtig beraten, als er beschloss, mit dieser Regierung die Versöhnung zu suchen. Es steht jedem jüdischen und nichtjüdischen Bürger frei, sich seine – noch so

»Krone, Kampl, Gudenus, Haider – sie sind alle Teil der Realität unserer schwierigen Existenz auf dem Boden der Shoah.«

schlechte – Meinung über die Koalitionsparteien und ihre Spitzenvertreter zu bilden und diese öffentlich kundzutun. Der Präsident der jüdischen Gemeinde aber hat eine andere Aufgabe: Er muss das Beste für seine Gemeinde tun. Und es kann nicht im Interesse der österreichischen Juden sein, in Fundamentalopposition zur gewählten Regierung des Landes zu stehen. Niemand ist heute dazu gezwungen, in Österreich zu leben. Wer sich für dieses Land als Wohnort entschieden hat – und alle über 18-Jährigen haben dies –, der sucht hier Lebensqualität und Sicherheit und nicht einen ständigen aufreibenden Kampf gegen angebliche Bedrohungen.

Krone, Kampl, Gudenus, Haider – sie sind alle Teil der Realität unserer schwierigen Existenz auf dem Boden der Shoah. Aber sie sind nicht die ganze Realität. In einem Land, in dem Juden vor Verfolgung und Diskriminierung so gut geschützt sind wie in Österreich, ist ein Handschlag kein Kniefall, sondern ein entscheidender Schritt zu einem neuen jüdischen Selbstbewusstsein.

Die Einigung zwischen Kultusgemeinde und Regierung ist deshalb weit

mehr wert als 18 Millionen Euro. Sie verbessert nicht nur das Angebot jüdischer Einrichtungen, sondern auch die psychologischen Bedingungen für das jüdische Leben an diesem Ort. Muzicant hat den Heldenplatz hinter sich gelassen und nach Jahren der Irrwege das Richtige getan. ■

DES RÄTSELS LÖSUNG ...

WAAGRECHT

- 2. FINKELN, 8. BARJEN, 10. AER, 12. EDEK, 13. JUDE, 14. RAIL, 15. STAAT, 16. SC, 17. LNI, 18. CHESCHBEN, 21. HEI, 22. HANC, 23. ALTBIC = BALTIC, 26. MIZWEH, 27. EHE, 29. MCO, 30. NEWMAN, 31. ESCHER, 33. NN, 34. SEKT, 35. TEDDY, 37. RENNER, 39. UNTREU

SENKRECHT

- 1. OBERSCHAMMES, 2. FREIZEITZOCKER, 3. IJKL, 4. NE, 5. KN, 6. LAUALECHEM, 7. NEDANN, 9. ADA, 11. RETI, 13. JT, 15. SCHACHERTEN, 16. SCHIENE, 19. HELICSER=SCHEIER, 20. BN, 24. BW, 25. LENNY, 28. HANDLE, 32. HTN, 36. ERT, 38. NU

Alltags- geschichten



FOTO: © PETER RIGAUD

VON
ERWIN
JAVOR

Fritz Grünbaum, der geniale Kabarettist, Kunstsammler und Textdichter – er wurde von den Nazis in Dachau 1941 brutal ermordet –, wurde einmal gefragt, was er denn von den Charaktereigenschaften seines berühmten Bühnenpartners Karl Farkas halten würde. Er antwortete: „Der Farkas? Hut auf!“

KOMMENTAR

17. Mai 2005. 22 Uhr. ZIB 2. Armin Wolf interviewt Ariel Muzicant über die Ergebnisse einer neuen internationalen Untersuchung. Dieser zufolge hat Österreich im Länder-Vergleich mit Abstand den geringsten Prozentsatz an Bürgern, die Juden sympathisch finden. Nämlich nur 18 Prozent. Wie wird nun Dr. Muzicant auf diese traurigen Erkenntnisse reagieren? In der Vergangenheit hatten seine einseitigen Statements ja nicht immer die Meinung der meisten IKG-Mitglieder repräsentiert.

Ich traute meinen Augen und Ohren nicht. Er antwortete klug und relativierte auf eine sympathische Art die Ergebnisse dieser Studie. Er kritisierte unter anderem einerseits die Aussagen von Kampl und Gudenus, andererseits betonte er aber auch, dass sich sämtliche im Parlament vertretene Parteien von diesen Aussagen distanziert und Konsequenzen angekündigt hatten. Was war geschehen? Hatte unser Präsident im Angesicht von Herrn Wolf etwa Kreide gefressen oder in der Zwischenzeit gar professionelle Beratung in Anspruch genommen? Eine derartige Wandlungsfähigkeit hatte ich Dr. Muzicant nicht

zugetraut. Auf die Frage „Ist Österreich antisemitischer als andere Länder?“ antwortete er richtig, aber unerwartet: „Die Situation in Österreich hat sich in den letzten 20 Jahren verbessert“ und „... wir haben antisemitische Vorfälle, aber sie sind in keinem Vergleich zu dem, was sich in anderen Ländern abspielt.“

Den Grund für den offensichtlichen Sinneswandel unseres Präsidenten konnte man jedoch schon zwei Tage später besser verstehen. Die Republik hatte sich mit der Kultusgemeinde nach einem jahrelangen Kampf geeinigt. Die Gemeinde erhält 18,2 Millionen Euro und verpflichtet sich als Gegenleistung alle über 700 Anträge beim Allgemeinen Entschädigungsfonds zurückzuziehen und die Sammelklagen in den USA nicht weiter zu unterstützen. Denn bekanntlich ist das 2001 beschlossene Washingtoner Abkommen für Opfer von NS-Raub bis heute nicht umgesetzt. Das Haupthindernis für die Auszahlung an die betagten Opfer ist die fehlende Rechtssicherheit. Dieses Argument wurde auch immer wieder genüsslich von Vertretern der Bundesregierung als Grund dafür angeführt, dass

bereits bereitgestellte Gelder nicht fließen konnten. Nicht erwähnt wurde, dass die komplizierte Bearbeitung der fast 20.000 Anträge Jahre in Anspruch nehmen würde. Der vollmundigen Aussage des Nationalratspräsidenten Khol, dass Anfang 2006 mit Auszahlungen begonnen werden kann, sollte man als gelernter Österreicher daher schlicht und ergreifend misstrauen. Das Hinauszögern von Entschädigungszahlungen hat ja in Österreich bekanntlich Tradition und Tradition wird hierzulande gerne hochgehalten. Das Leugnen und Durchlavieren in dieser Frage ist seit Jahrzehnten Volkssport und der österreichischen Bevölkerung wird bewusst etwas vorgegaukelt. Je öfter so genannte Verhandlungserfolge, die aber nie exekutiert werden, in der Öffentlichkeit kommuniziert werden, umso mehr verfestigt sich das Vorurteil gegenüber den scheinbar „Unersättlichen“. Und so wird man in bewährter Art und Weise „die Sache so lange in die Länge ziehen“, bis das letzte Opfer der Shoa nicht mehr am Leben sein wird.

Falls aber meine Prognose nicht zutreffen sollte – was ich inständig hoffe – dann: „Hut ab, Dr. Muzicant“.



P.b.b. • Verlagspostamt 1010 Wien • Zulassungsnr.: 02Z033113M

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:

Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum, 1011 Wien, Postfach 1479

Internet: www.nunu.at, E-Mail: office@nunu.at, Fax: +43/1/715 05 45-15

BA-CA (BLZ 12000) Kto.-Nr. 08573 923 300

Sie sind an einem NU-Abonnement interessiert? Dann wenden Sie sich doch bitte schriftlich an die Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum, 1011 Wien, Postfach 1479. Oder Sie bestellen Ihr Abonnement per mail an office@nunu.at bzw. telefonisch unter 0664/300 77 06 oder per Fax unter +43 1 715 05 45-15. Der Jahres-Abo-Preis (vier Hefte) bei Postzustellung im Inland beträgt 10 Euro, innerhalb der Europäischen Union 15 Euro, außerhalb Europas 20 Euro.

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Evelyn Adunka, Martin Engelberg, Eric Frey, Erwin Javor, Christof Janitschek (grafisches Konzept), Michael Kerbler, Raphaela Kitzmantel, Peter Menasse (Chefredakteur), Rainer Nowak, Axel Reiserer (London), Danielle Spera, Michaela Spiegel, Philipp Steger (Washington), Barbara Tóth, Alexia Weiss (stv. Chefredakteurin)

Satz & Layout :

echokom werbeagentur ges.m.b.h, 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Tel.: +43/1/526 26 76-0

Druck:

Gröbner Druck Gesellschaft m.b.H., 7400 Oberwart, Steinamangerer Straße 161

Offenlegung gemäß Mediengesetz:

Herausgeber: Verein Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum mit Sitz in 1011 Wien, Postfach 1479. Obmann: Johann Adler,

Schriftführer: Martin Engelberg, Kassier: Erwin Javor.

Grundsätzliche Richtung: NU ist ein Informationsmagazin für die Mitglieder der IKG und für ihnen nahe stehende, an jüdischen Fragen interessierte Menschen. NU will den demokratischen Diskurs fördern.
